

# Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit Deutschlands

Die globalen Aufgaben erfordern Lösungen, an denen sich Entwicklungsländer und Industrieländer gemeinsam beteiligen, wenn auch mit unterschiedlichen Beiträgen.

Globale Aufgaben wie die Armutsbekämpfung oder die Eindämmung der Klimaveränderung lassen sich nur meistern, wenn die Staaten der Erde partnerschaftlich zusammenarbeiten. Um Armut zu bekämpfen und gerechte Strukturen mitzugestalten, müssen sie ihre Mittel und Kräfte so einsetzen und bündeln, dass eine größtmögliche Wirkung erreicht wird. Entscheidend ist, gemeinsam Ziele zu setzen und Konzepte zu entwickeln sowie entwicklungsfördernde Rahmenbedingungen zu schaffen (z. B. eine gute, auf Entwicklung und Armutsminderung ausgerichtete Politik und Regierungsführung) und die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer zu stärken. Ebenso wichtig sind aber auch die Bereitschaft der Industrieländer zu Veränderungen und ihr Wille, ihre Praktiken der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern abzustimmen.

Leitend für die deutsche Entwicklungspolitik sind die Beschlüsse von Rio 1992 und Johannesburg 2002 (C9) sowie die Millenniumserklärung der UN-Generalversammlung 2000 und die daraus hervorgegangenen Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) (S. 88). Die zentralen entwicklungspolitischen Ziele sind:

- weltweite Armut mindern,
- Frieden sichern und Demokratie verwirklichen,
- Globalisierung gerecht gestalten,
- Umwelt schützen.

Dabei bilden die vier Zieldimensionen soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ökologisches Gleichgewicht und politische Stabilität einen sich wechselseitig bedingenden und ergänzenden (interdependenten) Zusammenhang, der einen ganzheitlichen Ansatz erfordert. Die Bundesregierung hat ihre bilaterale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit Ländern und Regionen auf folgende am Prinzip der Partnerschaft orientierte Strategien ausgerichtet:

- Mit der Auswahl bestimmter Partnerländer werden regionale Akzente gesetzt.
- Um größtmögliche Wirksamkeit zu erreichen, werden bilaterale (zwischen zwei Staaten), multilaterale (z. B. über die UN) und europäische Entwicklungspolitik mehr und mehr miteinander verzahnt.
- Zwischen öffentlicher EZ und nichtstaatlicher deutscher EZ (Kirchen, NGOs, Stiftungen, Wirtschaft) erfolgt – bei Wahrung ihrer Eigenständigkeit – eine engere Abstimmung.

Armutsbekämpfung ist Kernaufgabe deutscher Entwicklungspolitik. Dazu hat die Bundesregierung im Frühjahr 2001 das **Aktionsprogramm 2015** verabschiedet. Es stellt den ressortübergreifenden strategischen Rahmen für die deutschen Beiträge zur Bekämpfung der extremen Armut in der Welt dar.

Der deutsche Beitrag zur Armut mindernden globalen Struktur- und Friedenspolitik setzt auf drei Handlungsebenen an:

- Auf **internationaler Ebene** fördert sie die Änderung von Regelwerken, Vereinbarungen und Institutionen, die die Entwicklungsländer benachteiligen. Fairere Rahmenbedingungen für eine global ge-

rechtere und nachhaltige Entwicklung bedürfen weit reichender Abstimmungen.

- In den **Entwicklungs- und Transformationsländern** müssen vor allem entwicklungsförderliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die private, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aktivitäten entfalten; außerdem stehen Hilfen bei nationalen Armutsbekämpfungsstrategien sowie die Gestaltung des lokalen und globalen Umwelt- und Ressourcenschutzes im Mittelpunkt.

- In **Deutschland** selbst bildet das Aktionsprogramm 2015 den zentralen Bezugsrahmen, um mehr Kohärenz aller Politikfelder bei der Armutsbekämpfung durchzusetzen (das ist jedoch angesichts unseres schwierigen Arbeitsmarkts, knapper Haushaltsmittel und der notwendigen Sicherung des eigenen Wirtschaftsstandortes ein kontroverser Prozess der Interessenabwägung). Vor allem gilt es, wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den armen Ländern ermöglichen, die Millenniumsziele weitgehend aus eigener Kraft umzusetzen. Und es geht darum, das eigene Verhalten und Handeln in der Alltagswelt der Industrieländer zu ändern (z. B. durch Unterstützung umweltfreund-

Der ägyptische Internetaktivist Wael Ghonim (im Vordergrund rechts) im Gespräch mit Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel am 24. 2. 2011 auf dem Tahrir-Platz in Kairo, wo einen Monat zuvor die erste Großdemonstration gegen das Mubarak-Regime stattfand, zu der Ghonim auf seiner Facebook-Seite aufgerufen hatte. Ägyptens Präsident Mubarak musste am 11. 2. 2011 zurücktreten und steht seit dem 3. 8. 2011 in Kairo vor Gericht.



licher energiepolitischer Maßnahmen, bewusstes Konsumverhalten, Integration von Migranten in das eigene gesellschaftliche Umfeld, Verständnis für schrittweise Anhebung der ODA auf 0,7 % des nationalen BNE).

Um eine höhere Wirksamkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen, wurden in den letzten Jahren in den Partnerländern **Schwerpunkte** gesetzt. Die vielen Einzelprojekte ergaben früher oft „Insellösungen“, die nicht hinreichend in die einheimischen Strukturen und Rahmenbedingungen integriert wurden. Sie blieben nach der Übergabe an einheimische Träger häufig ohne dauerhafte Wirkung und Ausstrahlung. Ursachen für das Scheitern waren darüber hinaus

- mangelnde Abstimmung zwischen BMZ und anderen projektrelevanten Ministerien (insbesondere mit dem Wirtschafts- und dem Landwirtschaftsministerium, die in erster Linie ressortbezogene Ziele verfolgen [müssen]; Inkohärenz der Interessen) sowie zwischen den Geberländern,
- unzureichende Einbeziehung des Partnerlandes und der unmittelbar von einem Projekt betroffenen Menschen in Planung und Durchführung von Vorhaben sowie
- eine zu starke Konzentration auf isolierte Projekte unter Vernachlässigung übergeordneter wirtschaftlicher, politischer, soziokultureller und ökologischer Rahmenbedingungen, das heißt des gesamten näheren und weiteren wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Umfeldes.

Projektauvaluierungen haben diesbezügliche und weitere Fehler aufgedeckt und Lernprozesse eingeleitet („aus Fehlern lernen“, C42), die sich in einer Neuorientierung der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit niedergeschlagen haben. Die Konzentration auf übergeordnete Schwerpunktbereiche soll den Entwicklungsländern helfen, die entsprechenden Strukturen auf den institutionellen und politischen Ebenen dauerhaft zu verbessern, sektorübergreifende Abstimmungen und Synergien zu ermöglichen und so letzten Endes auch die Kohärenz zwischen den Entwicklungsdimensionen Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Umwelt voranzutreiben. Um eine höhere Wirksamkeit der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen, wurden in den letzten Jahren in allen Partnerländern Schwerpunkte gesetzt.

Bei der Schwerpunktbildung der deutschen EZ, die auf der Basis von Länder-

konzepten erfolgt, stehen die folgenden Maßnahmenbereiche, die den besonderen Stärken der deutschen Entwicklungsorganisationen Rechnung tragen, im Vordergrund:

- Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung (Menschenrechte einschließlich ihrer besonderen Ausprägung in Frauen- und Kinderrechten, Justizreform, Dezentralisierung und Kommunalentwicklung);
- Friedensentwicklung und Krisenprävention (darunter Stärkung von Friedenspotenzialen, Versöhnung, Demobilisierung);
- Bildung;
- Gesundheit, Familienplanung, HIV/Aids;
- Trinkwasser, Wassermanagement, Abwasser/Abfallentsorgung;
- Sicherung der Ernährung, Landwirtschaft (darunter Fischerei);
- Umweltpolitik, Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen (darunter Bekämpfung der Wüstenbildung, Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, nachhaltige Waldbewirtschaftung, Biodiversität);
- Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung (wirtschaftspolitische Beratung, Privatsektorförderung, Finanzsystementwicklung, berufliche Bildung und Arbeitsmarkt);
- Energie (darunter Energieeffizienz, regenerative Energien);
- Transport und Kommunikation.

Parallel zur Konzentration auf weniger – in der Regel 1 bis 3 – Schwerpunkte verdichtet. Innerhalb der Schwerpunktbereiche werden meist übergreifende „Programme“ definiert, in denen die einzelnen Projekte wirksam zusammenarbeiten.

Von großer Bedeutung ist die Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Bildung regionaler (wirtschaftlicher) Kooperationen. Diese können durch grenzüberschreitenden interregionalen Handel die regionale und damit auch die nationale Wirtschaftskraft stärken und so Armut vermindern helfen. Die deutsche Entwicklungspolitik kann dabei die positiven Erfahrungen Deutschlands aus dem europäischen Integrationsprozess einbringen.

Die bilaterale deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird über eine Reihe von Organisationen und Institutionen umgesetzt (C41). Sie führen unter anderem die Projekte und Programme der Finanziellen Zusammenarbeit und der Technischen Zusammenarbeit aus, entsenden deutsche Fachkräfte bzw. Entwicklungshelferinnen und -helfer, bilden ausländische Fach- und Führungskräfte beruflich fort. Verantwortlich für die Finanzielle Zusammenarbeit ist die KfW Entwicklungsbank (**KfW**). Zustän-

dig für die Technische Zusammenarbeit ist die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (**GTZ**). Der Deutsche Entwicklungsdienst (**DED**) entsendet Entwicklungshelferinnen und -helfer, die Personalentwicklung und Weiterbildung liegt vor allem in der Hand der Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (**InWent**).

Neben der Entwicklungszusammenarbeit hat sich seit den Beschlüssen für nachhaltige Entwicklung die entwicklungspolitische Bildung als weiteres Aufgabenfeld etabliert. Zu ihren Förderzielen gehört nicht nur eine bessere Akzeptanz für entwicklungspolitische Maßnahmen und entsprechende internationale Verpflichtungen Deutschlands, sondern vor allem die breite Bewusstseinsbildung für die Notwendigkeiten der nachhaltigen Entwicklung und entsprechender Maßnahmen auch im Inland. Das BMZ hat einen Beraterkreis für entwicklungspolitische Bildung etabliert und fördert Maßnahmen in den beiden folgenden Bereichen durch finanzielle Zuschüsse, die über InWEnt abgewickelt werden:

- die schulische entwicklungspolitische Bildung in der Verantwortung der Kultusministerien der Länder, die hier mit dem BMZ kooperieren und z.B. in einem gemeinsamen Projekt einen „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung“ geschaffen haben. Dabei ergänzen sich die Systematik des lehrplangebundenen Unterrichts, Projektarbeit und Aktivitäten des Schullebens wie z.B. Partnerschaften mit Schulen in Entwicklungsländern;
- die Bildungs- und Informationsarbeit der Nichtregierungsorganisationen, Kirchen usw., die dabei vor allem ihre Arbeitsbereiche darstellen, entwicklungspolitische Lobbyarbeit betreiben und z.T. auch zu schulischen Maßnahmen beitragen. Diese Organisationen und Initiativen kooperieren über den Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (**VENRO**) und Landesnetzwerke (S. 198 f.).

Auch die deutschen **Bundesländer und Kommunen** sind wichtige Akteure der EZ (C50, C52, C55). Mit eigenen Projekten in den Partnerländern (z.B. Städtepartnerschaften) leisten sie wertvolle Beiträge zur EZ Deutschlands und helfen durch ihre entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit die Zustimmung der EZ in der Öffentlichkeit zu steigern. Dabei werden sie von zahlreichen und vielfältigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft Initiativen, Foren etc.) unterstützt

## C40 Maßstab und Orientierungsrahmen der deutschen Entwicklungspolitik

Die Bundesregierung hat 2001 mit dem Aktionsprogramm (AP) 2015 (S. 177) ihre Strategie zur Umsetzung der Millenniums-Erklärung definiert und durch Kabinettsbeschluss für die gesamte Regierung verbindlich gemacht. Das AP 2015 bildet seitdem den **ressortübergreifenden strategischen Rahmen** für alle deutschen Beiträge zur nachhaltigen Bekämpfung der weltweiten extremen Armut.

Das Programm unterstreicht, dass Armutsbekämpfung die Kernaufgabe der Entwicklungspolitik bleibt. Ihm liegt ein mehrdimensionales Armutsverständnis zugrunde, wie es heute international gültig ist: Armut bedeutet nicht nur geringes Einkommen, sondern auch geringe Beteiligungsmöglichkeiten im wirtschaftlichen und im politischen Leben, Gefährdung durch Risiken, Missachtung der Menschenwürde und der Menschenrechte sowie fehlender Zugang zu Ressourcen.

Die deutsche Entwicklungspolitik versteht sich als Beitrag zu einer globalen Struktur- und Friedenspolitik und setzt auf drei Handlungsebenen an:

Auf **internationaler Ebene** strebt die Bundesregierung Änderungen von Regelwerken, Vereinbarungen und Institutionen an, um fairere internationale Rahmenbedingungen für eine weltweit erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Schwerpunkte sind die Reformen der internationalen Handels-, Finanz- und Umweltordnung. Zudem unterstützt Deutschland das Anliegen der Entwicklungsländer, besser in multilaterale Entscheidungsprozesse eingebunden zu werden, z. B. durch eine Reform der Stimmrechte bei IWF und Weltbank...

In den **Entwicklungs- und Transformationsländern** geht es darum, einen entwicklungsförderlichen Rahmen für die Entfaltung privater wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Initiative zu gewährleisten. Dabei engagiert sich die Bundesregierung insbesondere beim Aufbau institutioneller Kapazitäten als Voraussetzung für staatliche Handlungsfähigkeit, z. B. durch Unterstützung und Beratung bei Reformen des Rechtswesens und der Justiz, des öffentlichen Haushalts- und Finanzsystems und der öffent-

lichen Verwaltung. Die deutsche EZ hilft den Entwicklungsländern im Verbund und in Arbeitsteilung mit anderen Gebern dabei, **nationale Armutsbekämpfungsstrategien** zu entwickeln und umzusetzen, die ein breitenwirksames, armutsminderndes Wachstum fördern. Ein weiterer Schwerpunkt der deutschen EZ ist der **Umwelt- und Ressourcenschutz**. Hier geht es darum, die Entwicklungsprozesse sowohl lokal als auch global nachhaltig und ökologisch verträglich zu gestalten. Die Verfügbarkeit von und der Zugang zu natürlichen Ressourcen sind auch entscheidende Faktoren bei der Armutsbekämpfung. Zudem engagiert sich die deutsche EZ besonders bei der Bekämpfung von HIV/AIDS, in der Grund- und Berufsbildung, beim Einsatz erneuerbarer Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz, in der Trinkwasser- und Abwasserentsorgung sowie dem Tropenwaldschutz.

Quelle: BMZ, Medienhandbuch 2006/2007. Bonn 2006, S. 175 ff.

## C41 Instrumente der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit

Im Rahmen der bilateralen staatlichen Zusammenarbeit unterstützt die Bundesregierung Projekte und Programme der Partner. Sie leistet ihre Beiträge unmittelbar an ein Partnerland und schließt mit ihm darüber **völkerrechtlich gültige Verträge** ab. In der Regel beauftragt das BMZ Organisationen und Institutionen, die auf bestimmte Bereiche der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern spezialisiert sind, diese deutschen Beiträge zu leisten. Die bilaterale Kooperation mit den Ländern umfasst neben der direkten (staatlichen) Form auch die nichtstaatliche, bei der die Bundesregierung Privatorganisationen Zuschüsse gibt.

Die bilaterale Zusammenarbeit verfügt im Wesentlichen über folgende Instrumente:

**Finanzielle Zusammenarbeit (FZ):** Sie dient überwiegend dem Aufbau leistungsfähiger Strukturen sowie der Finanzierung von Sachgütern bzw. Anlageinvestitionen und wird den Entwicklungsländern in der Regel in Form günstiger Kredite – für ärmste Entwicklungsländer (LDC) als nicht rückzahlbare Finanzierungsbeiträge – zur Verfügung gestellt.

**Technische Zusammenarbeit (TZ im engeren Sinne):** Sie hat vor allem die Aufgabe,

die Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen in Partnerländern zu fördern.

**Technische Zusammenarbeit (TZ im weiteren Sinne):** Hierzu gehören die Ausbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern, die Förderung ihrer beruflichen Eingliederung (insbesondere bei der Existenzgründung), die Vermittlung von integrierten Fachkräften und der Einsatz von Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfern.

Die deutschen Leistungen für die TZ im engeren und weiteren Sinne werden unentgeltlich erbracht.

**Nichtstaatliche Technische Zusammenarbeit:**

Neben der staatlichen TZ, die im Auftrag der Bundesregierung durchgeführt wird, umfasst die bilaterale Zusammenarbeit auch die nichtstaatliche Zusammenarbeit, in deren Rahmen private Träger in eigener Verantwortung – aber gefördert mit staatlichen Zuschüssen – TZ-Maßnahmen durchführen. Auch Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe, die Ernährungsicherungsprogramme und die Förderung der Zusammenarbeit der deutschen Wirtschaft mit Entwicklungsländern sind Formen der bilateralen Zusammenarbeit.

**Durchführungsorganisationen:**

Das BMZ beauftragt die Durchführungsorganisationen mit der konkreten Umsetzung der entwicklungspolitischen Vorhaben der Bundesregierung.

Verantwortliche Organisation für die **Finanzielle Zusammenarbeit** ist die KfW Entwicklungsbank (KfW). Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) ist für die **Technische Zusammenarbeit** mit den Partnerländern zuständig. Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) hat sich auf die Vorbereitung und Entsendung von **Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfern** spezialisiert, für **Personalentwicklung und Weiterbildung** ist vor allem die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH (InWEnt) und für die **Vermittlung von integrierten Fachkräften** das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) zuständig. Daneben gibt es weitere, auf einzelne Aufgaben spezialisierte Durchführungsorganisationen.

Quelle: BMZ, Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2006/2007. Bonn 2006, S. 54 ff.

## C42 Aus Fehlern lernen: Warum ein Projekt zur Slumsanierung in Indien scheiterte

**Projekt:** Slum Upgrading Nagpur/Indien

**Ziele:** Verbesserung der Lebensbedingungen der Slumbewohner Nagpurs durch Sanierung ihrer Wohngebiete und Unterstützung der Stadtverwaltung bei der Planung und Durchführung einer eigenständigen und nachhaltigen Sanierungspolitik.

**Ausgangssituation:** Rund 750.000 Menschen in Nagpur leben in Slums. Drei Viertel der dor-

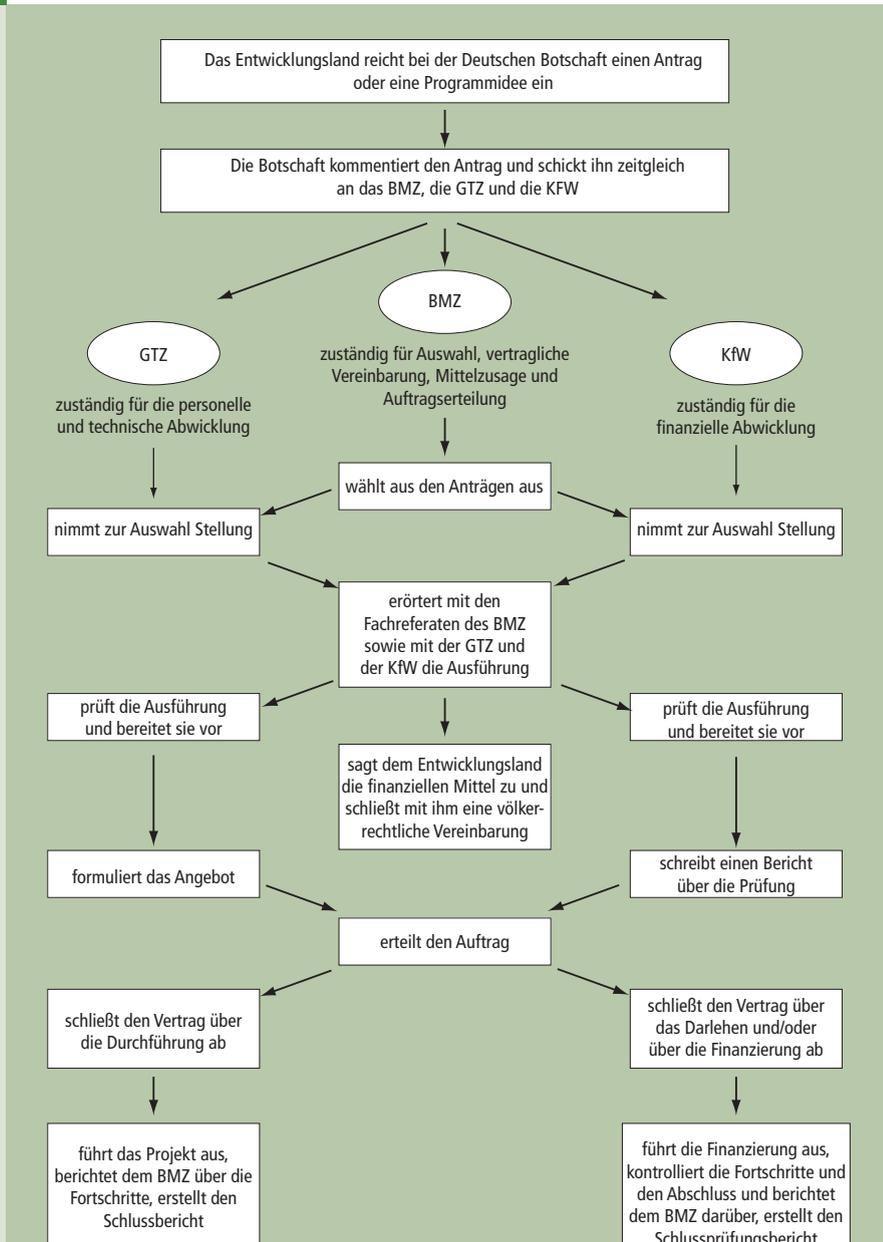
tigen Haushalte leben mit weniger als 8 Euro/Monat unterhalb der Armutsgrenze. Fehlende oder unzureichende Wasser- und Abwasserentsorgung und Müllbeseitigung sowie nicht vorhandene Toiletten sind Ursache problematischer Umwelt- und Hygieneverhältnisse.

**Rahmenbedingungen:** Die indische Regierung räumt der Slumsanierung zwar einen hohen Stellenwert ein, doch standen einer wirklichen Slumsanierung ungünstige lokalpoli-

tische Rahmenbedingungen im Wege (häufiger Wechsel der Verwaltungsspitze infolge von Korruption und Wahlbetrug, Fehlen eines Stadtentwicklungsplans und moderner Verwaltungs- und Managementtechniken, mangelnde Koordination der für Stadtentwicklung relevanten Ämter, auf Wiederwahl bedachte Politiker wünschen keine Komplettsanierung ganzer Slumgebiete).

Fortsetzung auf S. 195

C43 Verfahrensablauf der FZ und TZ



Fortsetzung G42 von S. 194

**Das Konzept und seine Umsetzung:** Der deutsche TZ-Beitrag (1997–2003) zielte darauf, die Stadt Nagpur darin zu unterstützen, systematisch eine eigenständige, nachhaltige Sanierungspolitik durch eine integrative, bedarfsorientierte und partizipative Slumentwicklung (Koordinierung/Bündelung nationaler und regionaler Förderprogramme und lokaler Initiativen) zu betreiben. Die Umsetzung des Vorhabens durch GTZ und KfW erfolgte unter Beteiligung von Bewohnerorganisationen mit einem ganzen Maßnahmenbündel: Beratung der zuständigen Kommunalpolitiker, Finanzierung der Fachplanungen, Aus- und Fortbildung von Kommunalpolitikern, städtischen Angestellten und Slumbewohnern, Einrichtung eines Geographischen Informationssystems, Durchführung der geplanten Sanierungsmaßnahmen.

**Das Scheitern:** Das Projekt wurde am 30. 06. 2003 wegen Verschlechterung der Rahmenbedingungen (verspätete Unterzeichnung des Abkommens zur 2. Projektphase, später wie-

der aufgehobene Gerichtsentscheidung über Räumung der illegal besetzten Flächen, deren Eigentümer öffentliche Institutionen sind,) beendet. Obwohl mit dem Abschluss der 2. Umsetzungsphase unter aktiver Beteiligung der Bürger die wichtigsten Sanierungsmaßnahmen (Verbesserung des Zugangs zu sauberem Wasser, Brunnenbau und -sanierung, Verlegung von Wasserleitungen und Anschluss an das öffentliche Leitungsnetz, Anschluss der Toiletten an das öffentliche Abwassernetz) erfolgreich abgeschlossen waren und insbesondere die Frauen Arbeitsentlastung erfahren hatten, hatte das Projekt keine nachhaltige Wirkung. Die Gutachter (eine deutsche Gutachterin und ein einheimischer Gutachter) stufen es als „nicht erfolgreiches Vorhaben“ ein. Als zentrale Ursache gaben sie an, dass mit dem vorzeitigen Abbruch die Konsolidierungsphase (3. Phase) nicht zur Durchführung kam und damit das Nachhaltigkeitsziel, Aufbau einer eigenständigen und nachhaltigen lokalen Sanierungspolitik, nicht erreicht wurde.

C44 Kriterien

Kriterienkatalog für die Bewertung der Entwicklungsorientierung (seit Januar 2007 in Kraft)

**1. Armutsorientierte und nachhaltige Politikgestaltung**

- 1.1 Ausrichtung an den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs)
- 1.2 Nachhaltige und breitenwirksame Wirtschafts- und Finanzpolitik
- 1.3 Förderung ökologischer Nachhaltigkeit

**2. Achtung, Schutz und Gewährleistung aller Menschenrechte**

- 2.1 Umsetzung der internationalen Menschenrechtsabkommen
- 2.2 Anerkennung und Förderung der Frauenrechte
- 2.3 Einhaltung der Menschenrechtsstandards durch staatliche Akteure

**3. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**

- 3.1 Demokratische Beteiligung der Bevölkerung und verantwortliche Rolle des Parlaments
- 3.2 Beschränkung staatlicher Macht durch Recht und Gesetz
- 3.3 Friedliche Bearbeitung innenpolitischer Konflikte

**4. Leistungsfähigkeit und Transparenz des Staates**

- 4.1 Durchsetzungswillige und -fähige Regierung
- 4.2 Korruptionsfreiheit staatlicher Institutionen
- 4.3 Transparente, leistungsfähige und bürgorientierte Verwaltung

**5. Kooperatives Verhalten in der Staatengemeinschaft**

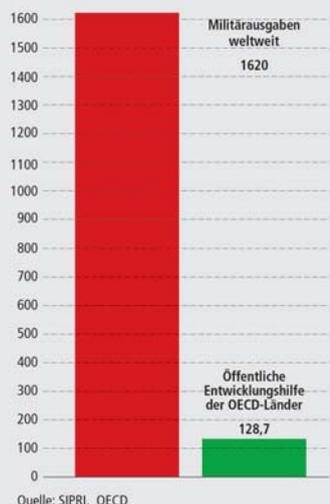
- 5.1 Konstruktive Mitarbeit in regionalen Kooperationsmechanismen
- 5.2 Konstruktive Mitarbeit in internationalen Prozessen und Gremien
- 5.3 Friedensorientierung in Krisen- und Konfliktsituationen

**Schlussfolgerungen/Empfehlungen:** Laufende Maßnahmen sollten nicht aus Gründen, die vom Projekt nicht zu verantworten sind, abgebrochen werden. Ein vorzeitiger Abbruch mache insbesondere bei Maßnahmen der Technischen EZ zur Capacity Building bereits erreichte Wirkungen wieder zunichte. Es sei, auch aus finanziellen Gründen, sicherzustellen, dass bei erfolgreichen Ergebnissen der vorausgehenden Phasen die entscheidende, Nachhaltigkeit sichernde Konsolidierungsphase durchgeführt wird.

Quelle: GTZ: Ex-post-Evaluierung Slum Upgrading Nagpur, Indien, Kurzbericht 2006

### C46 Militärausgaben

Militärausgaben und Entwicklungshilfe  
Ausgaben 2010 (Milliarden US-Dollar)



### C47 Was ist Official Development Assistance (ODA)?

Der Entwicklungsausschuss der OECD (Development Assistance Committee, DAC) definiert ODA als Leistungen, die:

1. ein Zuschusselement von mindestens 25% beinhalten (Konzessionalität),
2. von öffentlichen Stellen und
3. mit dem Hauptziel der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Entwicklungsländern an
4. Entwicklungsländern bzw. Staatsangehörige von Entwicklungsländern oder an internationale Organisationen zugunsten von Entwicklungsländern vergeben werden.

Für die Anrechnung als ODA müssen **alle** Bedingungen erfüllt sein.

Leistungen („flows“) werden als Transfers von Mitteln (Geld, Waren, Dienstleistungen) in Entwicklungsländer (EL) definiert. ODA-anrechenbar sind aber auch bestimmte öffentliche Ausgaben für Entwicklung im Geberland:

- Leistungen an Staatsangehörige von EL (Studienplatzkosten für Studierende aus EL, Kosten

für Flüchtlinge aus EL im ersten Jahr),

- entwicklungslanderspezifische Forschung,
- Ausgaben für entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung,
- allgemeine Verwaltungskosten des Gebers.

Für die Berechnung der ODA sind die Nettoleistungen entscheidend, d.h. dass Rückflüsse (= Tilgung von Darlehen) von der ODA abgezogen werden.

Unter den Begriff Zuschüsse („grants“) fallen alle Leistungen, die nicht Darlehen sind:

- Technische Zusammenarbeit
  - Finanzielle Zusammenarbeit (mit Ausnahme von Darlehen)
  - Beiträge an Internationale Organisationen zugunsten von Entwicklungsländern
  - Schuldenerlasse
  - ODA-anrechenbare Leistungen im Geberland
- ODA-anrechenbar sind Darlehen, die ein Zuschusselement (auch „Schenkelement“ genannt) von mindestens 25% beinhalten.

Quelle: BMZ

### C48 ODA der DAC-Länder 2010

in Mrd. US-Dollar

<b>DAC insgesamt</b>	<b>128,73</b>
darunter:	
<b>EU-Staaten insgesamt</b>	<b>69,52</b>
darunter:	
Großbritannien	13,76
Frankreich	12,92
<b>Deutschland</b>	<b>12,72</b>
Niederlande	6,35
Spanien	5,92
Schweden	4,53
außereuropäische DAC-Länder:	
USA	30,15
Japan	11,05
Kanada	5,13
Australien	3,85

### C49 Deutsche ODA-Leistungen

in Mio. € in Mio. US-\$

2000	5 458,1	5 030,0
2001	5 571,3	4 989,5
2002	5 649,8	5 324,5
2003	6 004,7	6 784,2
2004	6 064,3	7 534,2
2005	8 112,1	10 082,2
2006	8 313,4	10 434,8
2007	8 978,4	12 290,8
2008	9 692,9	13 980,8
2009	8 674,1	12 079,2
2010	9 803,9	12 724,3

Umrechnung nach dem offiziellen DAC-Umrechnungskurs des jeweiligen Jahres

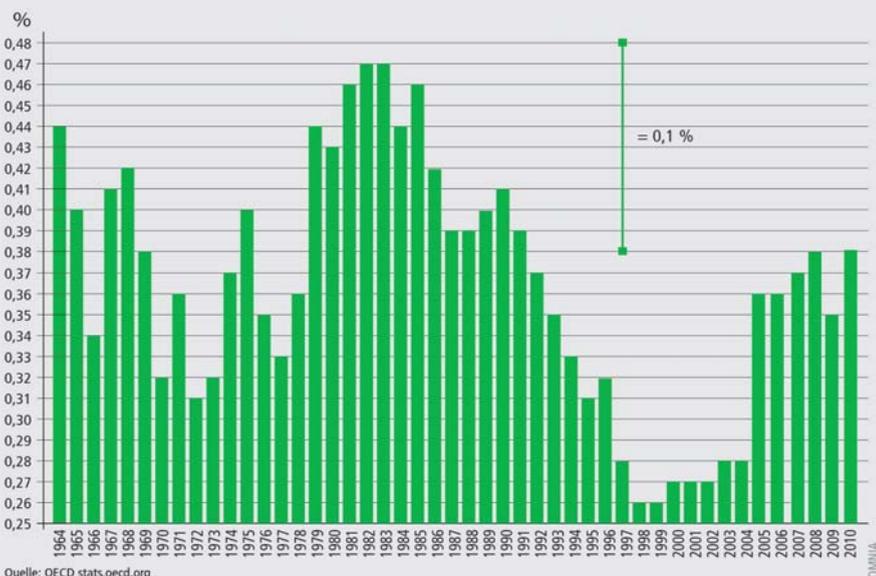
### C50 Herkunft der ODA-Mittel

Deutsche bi- und multilaterale ODA  
2010 in Mio. Euro

<b>ODA insgesamt</b>	<b>9 803,9</b>
BMZ	5 862,5
Auswärtiges Amt	854,5
andere Bundesministerien	347,2
Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien	61,4
Leistungen an EU-Haushalt	1 335,5
Bundesländer	713,0
Bundesvermögen	163,3
Marktmittel	1 154,9
Sonstige Mittel	369,2
<b>brutto</b>	<b>10 861,7</b>
abzüglich Tilgungen der EL	-1 057,8
<b>netto</b>	<b>9 803,9</b>

### C51 Deutsche ODA-Leistungen 1964 bis 2010 in % des BNE

Entwicklung der deutschen ODA-Quote 1964 bis 2010  
Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen (BNE)



### C52 Leistungen der Bundesländer

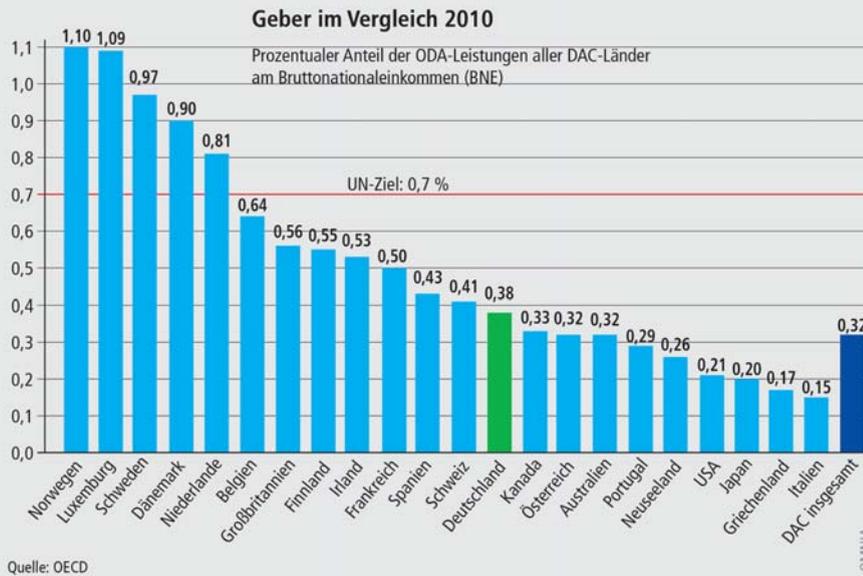
2010 in 1 000 Euro

Bundesland	insgesamt	davon für Studienplätze*
Baden-Württemberg	109 512	104 218
Bayern	75 126	69 054
Berlin	49 527	47 332
Brandenburg	9 667	9 484
Bremen	20 126	19 240
Hamburg	28 602	25 194
Hessen	67 860	62 891
Meck.-Vorpommern	8 113	7 562
Niedersachsen	73 800	72 995
Nordrhein-Westfalen	163 226	149 124
Rheinland-Pfalz	30 417	27 241
Saarland	7 533	6 708
Sachsen	22 680	22 353
Sachsen-Anhalt	19 078	18 885
Schleswig-Holstein	16 139	15 943
Thüringen	11 571	11 352
<b>insgesamt</b>	<b>713 049</b>	<b>669 648</b>

\*für Studierende aus Entwicklungsländern

Quellen für C48 bis C52: OECD / DAC; BMZ

C53 Das Ziel: 1,7 % vom Bruttonationaleinkommen



C54 Paris Declaration on Aid Effectiveness

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die Prinzipien, die multilateral im OECD-Kontext im März 2005 in der **Paris Declaration on Aid Effectiveness** vereinbart wurden. Dabei geht es um mehrere, miteinander verknüpfte Konzepte:

- **Alignment** bedeutet, dass Geber ihre Beiträge an den nationalen Entwicklungsstrategien der Zielländer ausrichten und die Mittel über die dortigen Behörden und nach den örtlichen Regeln abfließen. Dieses Vorgehen soll die örtlichen Institutionen fördern und fördern.
- **Harmonisation** zielt darauf ab, die Anstrengungen der Geberländer besser aufeinander abzustimmen. Denn Entwicklungspolitik darf sich nicht in einer Vielzahl von Strategien, Verfahren und Einzelprojekten verzetteln. Andererseits ist es auch nicht sinnvoll, wenn sich alle Geber auf denselben Feldern engagieren (etwa Bildung oder Gesundheit), andere wichtige Themen (beispielsweise Justizreform) aber vernachlässigt werden.

- **Ownership** betont die politische Verantwortung des Ziellandes. Die Geber sollen dessen Programme nicht fernsteuern, sondern dafür sorgen, dass die gesellschaftlichen Interessen des Ziellandes in breiter Partizipation wahrgenommen werden.

- **Poverty Reduction Strategy Papers** dienen in der Regel als Grundlage für die neuen Geberkonzepte. In diesen Dokumenten formulieren Entwicklungsländer ihre politische Programmatik. Länder, die vom Schuldenerlass profitieren wollen, müssen solche Strategien vorlegen.

- **Programmierorientierte Gemeinschaftsfinanzierung** ist das zentrale Instrumentarium zur Erreichung dieser Ziele. Dabei unterstützen die Geber beispielsweise den nationalen Haushalt eines Empfängerlandes (Budgethilfe) oder bezuschussen gemeinsam den Etat eines einzelnen Ministeriums oder auch eines Sektorprogramms (Korbfinanzierung).

Die Paris Declaration macht konkrete Vorgaben, auf die sich das BMZ verpflichtet hat. Ein Operationsplan des Ministeriums konkretisiert die Maßnahmen für BMZ und Durchführungsorganisationen.

Quelle: E+Z/Finanzielle Zusammenarbeit Mai 2006  
 Internet: [www.oecd.org](http://www.oecd.org) > Publications & Documents > Suche mit Keywords

C55 Kommunale Hilfe

Kambodschas Behörden sind alles andere als bürgernah. Selbst einfache staatliche Dienstleistungen sind häufig mit beschwerlichen und kostenträchtigen Wegen verbunden. Das liegt an den zentralistischen Strukturen. Autos werden beispielsweise nur in der Hauptstadt zugelassen. Bauanträge für Fabriken oder größere Hotels muss das Ministerium genehmigen. Schon bald könnte das der Vergangenheit angehören. In den kommenden Jahren will Phnom Penh die Verwaltungsprozesse peu à peu dezentralisieren...

Battambang und Siem Reap sind die zweit- und die drittgrößte Stadt Kambodschas – mit 180 000 und 150 000 Einwohnern. Battambang liegt am Rande eines großen Reisanbaugesbietes... Siem Reap zieht dank der Tempelanlagen von Angkor Wat, einem UNESCO-Weltkulturerbe, Touristen aus aller Welt an. Beide Städte sind regionale Zentren...

Der Rhein-Sieg-Kreis und die italienische Stadt Spoleto unterstützen Battambang und Siem Reap beim Aufbau effizienter [Verwaltungs-]Strukturen. Sie fördern so Demokratie und Good Governance... In den kommenden Jahren sollen weitere exekutive und finanzielle Kompetenzen, die bislang in Phnom Penh angesiedelt waren, auf untere politische Ebenen verlagert werden...

Die deutschen und italienischen Verwaltungsfachleute helfen den Verantwortlichen der beiden Distriktzentren, sich zu Modellen für eine bürgernahe und demokratische Verwaltung zu entwickeln... Mangelnde Transparenz und Korruption durchziehen fast alle Ebenen des politischen Systems. Sie untergraben das Vertrauen der Bürger in Politik und Verwaltung... Mit Hilfe der europäischen Experten wurden Bürgerbüros eingerichtet, in denen die örtlichen Behörden viele, für die Einwohner wichtigen Dienste anbieten... Jeder Bürger hat das Recht, Beschwerden unmittelbar dem Ombudsmann vorzutragen. Auch er ist im Bürgerbüro angesiedelt. Steigende Besucherzahlen zeigen, dass

die Dienste ankommen. „Die Reform der Verwaltung ist erfolgreich“, sagt Uy Ry, der Distriktgouverneur von Battambang. „Die Bürger bekommen heute im Bürgerbüro einen guten und billigen Service, frei von Korruption...“

Die Verwaltungsexperten des Rhein-Sieg-Kreises und von Spoleto helfen bei ihren Besuchen vor Ort, die Situation zu analysieren und Lösungen zu erarbeiten. Workshops mit Mitarbeitern und Verantwortlichen der beteiligten Ministerien in Phnom Penh und der Verwaltungen in den Provinzen, Distrikten und Städten runden den Gedankenaustausch ab. Eine Ko-Finanzierung der Europäischen Kommission unterstützt das Engagement des Rhein-Sieg-Kreises und der Stadt Spoleto...

Die mit europäischer Unterstützung in Battambang und Siem Reap entwickelten Verwaltungsstrukturen könnten Schrittmacherefunktion haben. Angesichts der Erfolge überlegen die zuständigen Ministerien, die dort begonnene Verlagerung von Aufgaben und Ressourcen flächendeckend umzusetzen. Diese Entscheidung hätte für die Entwicklung des gesamten Landes Folgen.

Quelle: Nina Narith-Ouan, Kommunale Hilfe. In: E+Z 2006:4, S. 166 f.

Aufgaben

1. Nennen und erläutern Sie die Ziele und Strategien der heutigen deutschen Entwicklungspolitik.
2. Wie unterscheiden sich die heutigen Ziele und Strategien der deutschen Entwicklungspolitik von den früheren?
3. Erläutern und diskutieren Sie frühere Fehler deutscher/europäischer Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit, die Lernprozesse ausgelöst haben. Weitere Materialien finden Sie im Internet [www.omnia-weltimwandel.de](http://www.omnia-weltimwandel.de).
4. Diskutieren Sie die Konzentration der deutschen Entwicklungspolitik auf weniger Länder und auf thematische Schwerpunkte und begründen Sie diese Maßnahmen.
5. Stellen Sie anhand selbst beschaffter Materialien ein Beispiel der deutschen EZ vor und prüfen Sie, ob die neuen Ziele und Strategien der deutschen Entwicklungspolitik zur Anwendung kommen.
6. Legen Sie dar, wie Sie sich „Entwicklungspolitik aus einem Guss“ vorstellen.

# Entwicklungszusammenarbeit der Nichtregierungsorganisationen

Nichtregierungsorganisationen sind nichtstaatliche Organisationen, Institutionen, Vereine, Initiativen, die auf verschiedenen Ebenen tätig sind.

Ihr Spektrum reicht von lokalen Gruppierungen bis zu weltweit tätigen Organisationen wie *Ärzte ohne Grenzen*, *Greenpeace* oder *Amnesty International*, von kirchlichen Hilfswerken wie *Misereor* und *Brot für die Welt* über die den politischen Parteien nahe stehenden Stiftungen und die in der Solidaritätsbewegung verankerten politisch engagierten Organisationen (z. B. *terre des hommes*, *Medico International*, *Weltfriedensdienst*) bis zu Lobbygruppen wie *Germanwatch* und *WEED* (World Economy Ecology Development). Das Markenzeichen der Nichtregierungsorganisationen (NRO, englisch Non-Governmental Organizations, NGO) lautet: „Weder regierungsabhängig noch profitorientiert.“ In der Mehrzahl widmen sie sich der partnerschaftlichen basis- und armutsorientierten Entwicklungszusammenarbeit. Viele rücken auch notwendige Veränderungen in unserer eigenen Gesellschaft in ihren Wirkungshorizont, zum Beispiel im Rahmen von lokalen Agenda-Prozessen (S. 202 f.). Sie sind Teil einer zunehmend vernetzten, zwischen Staat und Markt angesiedelten Zivilgesellschaft. Die Finanzierung ihrer Aktivitäten erfolgt zum größten Teil aus Spenden, die z.T. durch staatliche Zuschüsse ergänzt werden. Die Motive und Zielsetzungen ihres Handelns reichen von moralischen Appellen und karitativen Zwecken über sozialreformerische Absichten bis hin zu systemkritischen und -verändernden Ansätzen.

Angesichts der politischen Schwierigkeiten bei der Bewältigung der globalen Entwicklungs- und Umweltprobleme und verbreiteter Politikverdrossenheit sehen viele Menschen in den NRO neue Hoffnungsträger, manche gar den Kern einer sich herausbildenden Weltgesellschaft. Andere belächeln sie als weltschmerzgefüllte Spendensammler oder verspotten sie als ohnmächtiges, aber lautstarkes und deshalb lästiges Störpotenzial auf den großen Weltkonferenzen der Mächtigen.

Sowohl die unkritische Einschätzung ihrer Rolle als romantisierende Enthusiasten als auch ihre abschätzige Herabwürdigung zu zahnlosen Tigern wird der Bedeutung der NROs nicht gerecht. Bei der unterschiedlichen Reichweite ihrer Aktivitäten von lokal bis global, angesichts ihrer enorm hohen Zahl (sie wird von den UN auf 20 000 geschätzt) und der großen Variationsbreite ihrer Zielsetzungen geht eine undifferenzierte Bewertung an der Realität vorbei. Wo Licht ist, da ist auch Schatten; das gilt auch für die NROs. Der Duisburger Politologe Franz Nuscheler (2005, S. 558 ff.) hat ihre Stärken und Schwächen dargestellt (C59). Ohne ihre Existenz wäre die deutsche und ebenso auch die internationale Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit anders verlaufen.

Nicht ohne Probleme ist auch die schnelle Vermehrung der „Süd-NGOs“ in Entwicklungsländern. Viele werden – je nach der Konjunktur von Entwicklungsmaßnahmen – auf privater Basis von öffentlichen Bediensteten und Politikern gegründet, um Anteile an den Hilfsgeldern zu erlangen. Ob die Gelder ihrer Zweckbindung gemäß eingesetzt werden, dürfte ähnlichen Risiken unterliegen wie die Mittelverwendung in den dortigen öffentlichen Verwaltungen.

Die NRO waren und sind wichtige Ergänzungen zur Entwicklungspolitik, und sie werden es auch bleiben. Ohne dem Zwang gewählter Politiker ausgesetzt zu sein, sich Mehrheiten beschaffen zu müssen, können sie es sich leisten, „heiße Eisen“ anzufassen. In unterschiedlichen Rollen vermögen sie als Mahner, Kritiker, Ankläger, Ratgeber, Helfer usw. aufzurütteln, politische Aktivitäten anzustoßen oder die Zivilgesellschaft, je nach Stoßrichtung ihrer Aktivitäten, als Verbündeten zu gewinnen oder als Gegenmacht zu mobilisieren. Durch ihre z.T. weiträumigen Netzwerke und die Präsenz vor Ort können sie Entwicklungen und Fehlentwicklungen unab-

hängig beobachten und eine „Wachhundrolle“ wahrnehmen.

In ihrer Rollenvielfalt, die auch gegensätzliche Positionen markiert, bewegen sich die großen NROs auf schmalen Grat. Professionalisierung und z.T. staatliche Zuschüsse können zum Verlust ihrer Unabhängigkeit, Glaubwürdigkeit und schnellen Reaktionsfähigkeit auf Problemsituationen führen. Dennoch: Bei aller Kritik stellen die NROs eine im Zeichen der Globalisierung immer wichtigere Ergänzung zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit dar. Sie können zwar supranationale Organisationen und Zusammenschlüsse oder demokratisch gewählte und kontrollierte staatliche Organe und deren Mandatsträger nicht ersetzen, aber sie können politische Aktivitäten anstoßen, Fehlentwicklungen anprangern und kritisieren, entwicklungsverträgliche Lösungsvorschläge ausarbeiten und, dank ihrer Nähe zu den Bürgern, Solidaritätseffekte auslösen.

Der 1995 gegründete „Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen“ (**VENRO**) hat sich die Aufgabe gesetzt, die Zusammenarbeit der deutschen NROs, die aufgrund der Vielfalt der Organisationen und Gruppierungen in der Vergangenheit zu wünschen übrig ließ, auf eine tragfähige Basis zu stellen. VENRO bemüht sich, die Kooperation der Organisationen untereinander und mit der öffentlichen Entwicklungspolitik zu fördern sowie ihre Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene zu koordinieren.

Staatliche und NRO-Entwicklungszusammenarbeit haben jede für sich Schwächen und Stärken. Die Schwächen des einen sind häufig die Stärken des anderen. Die Stärken beider zu nutzen, die Schwächen auszuschalten, bedeutet insgesamt eine Optimierung der Entwicklungszusammenarbeit durch Synergieeffekte.

## C56 Aufstieg und Wandel der NRO

Vor wenigen Jahren noch suchten Globalisierungsgegner und Umweltschützer die Aufmerksamkeit vor allem durch spektakuläre Protestaktionen. Heute suchen viele von ihnen eher die Nähe der Mächtigen, den Zugang zur Macht. Während NGOs (Non-Governmental Organizations) die Unternehmer und Politiker zu beeinflussen versuchen, wollen ihre Gegenüber so ihr soziales und ökologisches Gewissen demonstrieren. So fließen „Zielsetzungen der NGOs wie ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und soziale Mindeststandards heute in Investitionsentscheidungen ein“, lobt der Gießener Politikwissenschaftler Claus Leggewie...

Im Entwicklungshilfeministerium (BMZ) ist immerhin die Größenordnung der Gelder bekannt, die an NGOs fließen: etwa zehn Prozent des Gesamthaushalts. Für die Zusammenarbeit mit internationalen Umwelt-NGOs stehen im BMZ außerdem seit 1996 jährlich etwa 1,5 Millionen Euro Treuhandmittel zur Verfügung. Das ist an sich nicht schlecht: Seit Jahrzehnten ist unbestritten, dass Organisationen wie die

Welthungerhilfe und die großen kirchlichen Verbände in armen Ländern effizienter operieren als Regierungsorganisationen, schon weil regierungsamtliche Helfer fast immer mit korrupten oder untüchtigen staatlichen Stellen des Empfängerlandes zusammenarbeiten müssen. Das Ministerium kooperiert nach eigenen Angaben mit 300 NGOs, von denen manche wieder Dachorganisationen mit vielen hundert Mitgliedern sind. Auch das Auswärtige Amt hat Hilfsaufgaben, Katastrophenhilfe und Ähnliches im Wesentlichen an NGOs delegiert. Vermutlich haben erst die üppig fließenden öffentlichen Mittel zu dem sprunghaften Anstieg der Zahl der NGOs im letzten Jahrzehnt geführt. Dabei wäre die Privatisierung von Staatsaufgaben kein Problem, wenn sie öffentlich, transparent und kontrolliert abläufe. So ist es aber gerade nicht: Sowohl die Öffentlichkeit als auch die Kontrolle fehlen, und so, wie das System angelegt ist, sind sie weder vorgesehen noch möglich.

Quelle: Krisztina Koenen et al., Im Förderbiotop. In: Wirtschaftswoche Nr. 6 vom 29. 1. 2004, S. 28 ff.

## C57 Überschätzte Akteure?

Die politischen NGOs verstehen sich als Akteure einer „internationalen Zivilgesellschaft“. Ihr Beitrag zur Demokratisierung der internationalen Politik sollte jedoch realistisch eingeschätzt werden. Positiv schlägt zu Buche: NGOs beteiligen sich als eigenständige Kraft an der Entwicklung neuer Kooperationsformen mit staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren in internationalen Regimen, artikulieren bisher unterrepräsentierte Interessen und machen Entscheidungsprozesse öffentlicher und transparenter. Sie tragen zur Herausbildung einer globalen Öffentlichkeit bei und bringen verdrängte oder neue Themen auf die politische Agenda, die sie mit Professionalität und Expertise vertreten. Sie erweitern das Handlungsrepertoire internationaler Politik um grenzüberschreitende Formen des Konsumentenboykotts, des Protests, von zivilem Ungehorsam, symbolischen Aktionen und Kampagnen, und nicht zuletzt tragen die NGOs zur Stärkung und Demokratisierung des UN-Systems bei.

Doch ist trotz dieser unbestreitbar demokratisierenden Leistungen der NGOs vor allzu euphorischen Zwischenbilanzen zu warnen. So macht etwa ein Blick auf die oftmals kargen materiellen Politikerergebnisse – man denke nur an die des Rio-Prozesses – deutlich, dass mächtige Nationalstaaten und Staatengruppen wie auch Wirtschaftsakteure weiterhin zentrale Akteure in der internationalen Arena sind... NGOs sind zudem oftmals nur Erfüllungsgehilfen staatlicher Interessen oder einer Politik der Privatisierung von Entwicklungshilfe und humanitären Programmen: Staaten wie Wirtschaft nutzen Fachkompetenz, Flexibilität, Effektivität und das öffentliche Ansehen der NGOs.

NGOs neigen dazu, sich von breiter Beteiligung abzuschirmen. Da ihr Einfluss – und oft auch ihre Einnahmen (Spenden) – abhängt von öffentlicher Aufmerksamkeit, orientieren sie sich an Gesetzmäßigkeiten und Selektivitäten der Massenmedien.

Quelle: Ansgar Klein, Überschätzte Akteure? Die NGOs als Hoffnungsträger transnationaler Demokratisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 6–7/2002, S. 3

## C58 Rolle und Bedeutung der NROs

Nichtregierungsorganisationen werden von vielen entwicklungspolitischen Fachleuten als das Herz der Zivilgesellschaft angesehen, von einigen gar als fünfte Säule der Demokratie. Dies gilt auch und besonders für die Nichtregierungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Mit sich beschleunigender Globalisierung verzeichnen diese NRO einen hohen Bedeutungszuwachs. Nichtregierungsorganisationen werden einerseits als unentbehrliches Sozial- und Entwicklungskapital auf nationaler Ebene angesehen. Sie können andererseits angesichts einer zunehmend globalen Wirtschaft mit der Gefahr einer relativen Schwächung staatlicher und politischer Einwirkungsmöglichkeiten stärker als je zuvor Partner, Wächter und Sachwalter für gemeinwohlorientierte nationale wie internationale Anliegen sein. Die intelligente Nutzung neuer Informationstechniken bietet selbst kleinen und lokalen Nichtregierungsorganisationen die Möglichkeit der Vernetzung mit Partnern rund um den Globus. Dabei geht es um punktuelle Allianzen im Zusammenhang mit internationalen Großereignissen ebenso wie um dauerhafte entwicklungsrelevante Dialog- und Informationsprozesse.

Die Gründe für die Attraktivität der Nichtregierungsorganisationen hängen eng mit den Erscheinungsformen der Globalisierung zusammen. Angesichts immer komplexerer Probleme und Strukturen stehen die traditionell nationalen politischen Akteure vor neuen und großen Herausforderungen. Dies gilt für die Reichweite der Entscheidungsfähigkeit nationaler Regierungen wie auch für die Kontroll- und Steuerungsfähigkeit nationaler Parlamente.

Der Bedeutungszuwachs der national wie international agierenden Nichtregierungsorganisationen beruht auf ihrer Sachkompetenz, der hohen Motivation und dem selbstlosen Idealismus, die zu einer hohen Akzeptanz ihrer Arbeit bei der Bevölkerung und den Medien führen. Gemeinsames Merkmal aller Nichtregierungs-

organisationen und Voraussetzung für ihre oftmals kritische Einmischung ist, dass sie über keine staatlichen Machtmittel verfügen und keinen staatlichen Eingriffen unterliegen. Die Nichtregierungsorganisationen können daher immer nur anstoßen, warnen und Druck ausüben. Verbindliche Entscheidungen fällen und Politik machen müssen die Regierungen.

Die häufig gestellte Frage nach der Legitimität der NRO beantwortet sich grundsätzlich aus der Betätigungsfreiheit von Individuen und Interessengruppen in der pluralistischen Gesellschaft. Zu ihr gehören nach Verständnis des BMZ Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Dabei muss andererseits die demokratisch legitimierte Zuständigkeit von Regierung und Parlament in Fragen des Gemeinwohls unumstritten bleiben, trotz der geschilderten Probleme bei wachsender Globalisierung.

Quelle: BMZ, Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2006/2007, S. 76 f.

## C59 Stärken und Schwächen der NRO

### Stärken

**Erstens:** NGOs stören durch verschiedene Kritik- und Protestformen die eingespielten Routinen der Politik, erzeugen durch eine zunehmend geschickte Medienarbeit Gegenöffentlichkeit und damit Gegenmacht. Sie fungieren als Sensoren der Gesellschaft, greifen vernachlässigte Themen auf und leisten der Politik durch Früherkennung von gesellschaftlichen Problemen und durch Frühwarnung vor Konflikten nützliche Dienste.

**Zweitens:** Sie konfrontieren die Welt der Sachzwänge und mühsamen Kompromisse mit Idealen und Utopien, die häufig dem politischen Alltagsgeschäft weit entrückt sind, aber ihm auch normative Orientierungen geben können...

**Drittens:** NGOs verdanken ihre Popularität auch den Schwächen von repräsentativen In-

stitutionen, dem Vertrauensverlust von politischen Parteien und verbreiteten Ohnmachtsgefühlen gegenüber bürokratischen Apparaten und undurchsichtigen Entscheidungsprozessen. Wer sich für Entwicklungspolitik interessiert, vermisst ein stärkeres Engagement des Parlaments...

**Viertens:** NGOs tragen dazu bei, das soziale und moralische Kapital einer Gesellschaft zu aktivieren. Sie demonstrieren, dass es neben Individualisierungs- und Entsolidarisierungstendenzen auch noch Bedürfnisse nach kreativer Betätigung im Gemeinwesen gibt. Sie holen gewissermaßen die Politik in die Gesellschaft zurück und bilden den Sauerteig bürgerschaftlichen Engagements, das sich nicht mit der Teilnahme an Wahlen erschöpft...

Fortsetzung auf S. 200

Fortsetzung C59 von S. 199

**Fünftens:** Die zunehmend transnational organisierten Netzwerke von NGOs bilden Organisationskerne einer sich herausbildenden internationalen Zivilgesellschaft und Stoßtruppen einer globalen Opposition gegen Machtballungen in Weltpolitik und Weltwirtschaft. Sie versammeln sich inzwischen überall, wo sich die Reichen und Mächtigen dieser Welt hinter hohen Mauern und Polizeiketten treffen ... und erzwingen ein Stück Öffentlichkeit und Transparenz, wo sich solche Machtkartelle im Prozess der Globalisierung und Multilateralisierung der Politik zunehmend demokratischer Kontrolle entziehen.

**Schwächen**

**Erstens:** Die NGOs greifen oft punktuelle Problemfelder auf und erarbeiten sich in diesen Feldern beachtliche Sachkompetenz, blenden aber bei dieser Engführung die Wirkungen auf andere Problemfelder aus. Auch sie leiden häufig an einer Kurzsichtigkeit, die sie der Politik anzulasten pflügen. Ihr Erfolg beruht auch auf dem Privileg, sich nicht um den Ausgleich von

Zielkonflikten kümmern und Entscheidungen treffen zu müssen...

**Zweitens:** Manche NGOs neigen zu einer medienwirksamen Inszenierung von Skandalen, um aus dem Schatten größerer Konkurrenzorganisationen heraustreten zu können. Die Konkurrenz auf dem Spenden- und Zuschussmarkt ist groß...

**Drittens:** Manche NGOs neigen auch zu einem gesinnungstüchtigen Moralismus, der ihnen das wenig schmeichelhafte Image von „Gutmenschen“ einbrachte: Gut gemeint, aber wenig durchdacht und ziemlich realitätsfern!...

**Viertens:** Die Vielzahl von NGOs, die sich seit den 80er Jahren weltweit geradezu inflationär vermehrt, täuscht über Oligarchisierungstendenzen in der „NGO-Szene“ hinweg. Nur wenige können sich größere Mitarbeiterstäbe, eine professionelle Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und den teuren Konferenztourismus leisten. Aber diese wenigen „Großen“ – wie Greenpeace oder BUND, Amnesty International oder die kirchlichen Hilfswerke – prägen ihr Image und haben privilegierte Zugänge zu den Vorhöfen der Macht. Das zivilgesellschaftliche Engagement artikuliert sich eher in kleineren und

basisnäheren Organisationen, die nur durch freiwillige Arbeit überleben können...

**Fünftens:** Die NGOs operieren in einem mehrfachen existentiellen Dilemma. Je weniger sie nur protestieren und Kampagnen organisieren wollen und je mehr sie sich auf Kooperation mit staatlichen Institutionen einlassen, desto größer ist ihr Risiko, ein mehr oder weniger großes Stück ihrer Autonomie zu opfern und für Zwecke der staatlichen Geldgeber instrumentalisiert zu werden... Dieses Risiko wächst mit dem Grad der finanziellen Abhängigkeit von staatlichen Subsidien...

**Sechstens:** Es gibt kirchliche Hilfswerke, die sich als advocacy-Anwälte auch politisch engagieren und sich nicht scheuen, den Mächtigen ins Gewissen zu reden... Es gibt aber auch spendenstarke Organisationen, die werbewirksam und mit voller Absicht an das Mitleid appellieren und schon den Begriff Entwicklungspolitik scheuen wie der Teufel das Weihwasser...

Quelle: F. Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Bonn 2005, S. 558 ff.

C60 NRO-Arbeit unter neuen Bedingungen

Selbstverständnis, Aufgabenstellung und Umfeld entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (NROs) in Industrieländern haben sich in den vergangenen Jahren erheblich gewandelt. Erhöht hat sich der Legitimationsdruck: Dass NROs Gutes wollen, wird nicht angezweifelt – dass sie tatsächlich Gutes tun, wird nicht mehr ohne Widerspruch akzeptiert. Und dass sie besser sind als staatliche Akteure, konnte bislang nicht schlüssig bewiesen werden... Die Ansprüche hinsichtlich Rechenschaftslegung und Transparenz, die NROs an Regierungen und Privatwirtschaft stellen, werden oft von ihnen selbst nicht erfüllt, wie neuere Studien ergaben...

**Veränderte Rahmenbedingungen**

Die NROs müssen sich, wie jedes private Unternehmen, im Wettbewerb bewähren. Seriöse NROs folgen zwar weiterhin vorrangig ihren Idealen und ihrem wohlfahrts- und entwicklungsorientierten Mandat, statt marktorientierte Lösungen zu suchen. Doch müssen sie daneben, in ihrer Rolle als Unternehmen, betriebswirtschaftliche Unternehmensziele wie Umsatz- und Ertragsteigerung und Eroberung strategischer Marktpositionen beachten, wenn sie sich auf dem weltweiten Markt der Entwicklungs- und Nothilfe behaupten wollen – auf dem mit zunehmend harten Bandagen gekämpft wird.

Verändert haben sich auch die Bedingungen für die Arbeit der NROs in den Entwicklungsländern. Einerseits lassen demokratische Entwicklungen vielerorts zum ersten Mal zivilgesellschaftliches Engagement zu. Andererseits sind in zerfallenden Staaten NROs neben Einrichtungen der Vereinten Nationen manchmal die einzigen Organisationen, die noch Hilfe leisten können. In einer dritten Gruppe von Fällen hat Mittelknappheit (im Verbund mit einer oft extern oktroyierten Deregulierung) die Regierungen zum Rückzug aus vormals staatlichen Bereichen wie Gesundheit, ländliche Infrastruk-

tur etc. gezwungen, und NROs füllen die Lücken. Schließlich verlangen neue Entwicklungsansätze, z. B. bei den poverty reduction strategy papers (PRSP) von Weltbank und IWF, eine verstärkte Kooperation mit der Zivilgesellschaft, insbesondere auch mit den NROs.

Damit einher geht ein Bedeutungszuwachs von international tätigen NROs. Manche von ihnen haben heute in den Entwicklungsländern eine so starke Position, dass sie mit den Marktführern im „Entwicklungsgeschäft“ mithalten können. Ihre Stimme zählt ... auch bei Regierungen und großen internationalen Entwicklungsinstitutionen wie FAO, IWF und Weltbank. In dem Maß, wie ihr Beitrag anerkannt wird, müssen sie freilich auch ähnliche Verfahren der Projektplanung und -steuerung anwenden wie ihre staatlichen Partner. Eine Abstimmung der Aktivitäten, wie sie auf staatlicher Ebene gefordert und zunehmend auch realisiert wird, findet jedoch bei den NROs nur selten statt. Oft wird dieser Mangel durch den Rückgriff auf Thesen aus der ideologischen Mottenkiste noch verstärkt: Das alte Motto „Millionen Projekte statt Millionenprojekte“ hat zwar die Unterstützung von Basisbewegungen und lokalen Initiativen gefunden; aber inzwischen ist klar geworden, dass sich aus der unverbundenen Vielfalt kleiner und kleinster NRO-Maßnahmen keine Entwicklungseffekte für die betroffenen Länder ergeben, sondern dass Projekte nur in größeren Zusammenhängen ihre Wirkungen entfalten.

**Länderstrategiepapiere als Planungsinstrument**

Dies ist einer der Gründe gewesen, warum seit Mitte der 90er Jahre einige international tätige NROs für die Schwerpunktländer, in denen sie arbeiteten, Landeskonzepte als strategisches Instrument der mittelfristigen Programmplanung entwickelten. Damit folgten sie dem Beispiel staatlicher und multilateraler Geber... Die Abkehr von der Planung isolierter Projekte hin zur prozessorientierten Programmplanung

war außerdem zurückzuführen auf die seit Ende der 80er Jahre auch gegenüber den NROs zunehmend erhobenen Forderungen nach stringenteren und stärker zielorientierten Planungsverfahren. Beides zusammen versprach nicht nur eine höhere Effektivität der Arbeit, sondern auch mehr Transparenz gegenüber anderen Förderinstitutionen und Kooperationspartnern. Dies erschien angesichts der andauernden kontroversen Diskussion um den Nutzen der Entwicklungshilfe dringend geboten.

Quelle: D. Kohneert und H.-J. Preuss, NRO-Arbeit unter neuen Bedingungen. Die Landeskonzepte der Deutschen Welthungerhilfe. In: E+Z 10:2003

Aufgaben

1. Erläutern Sie den Begriff „Nichtregierungsorganisationen (NRO)“ und ihre Ziele.
2. Berichten Sie über Ihre Erfahrungen mit lokalen NGO-Gruppen und bewerten Sie deren Arbeit.
3. Skizzieren Sie die Möglichkeit der Zusammenarbeit von BMZ und NGOs. Nehmen Sie eine Bewertung vor.
4. Erläutern Sie die Rollen und Funktionen der NGOs in Gesellschaft und Politik, und stellen Sie an Beispielen ihren Einfluss auf die Politik dar.
5. Informieren Sie sich im Internet über VENRO ([www.venro.org](http://www.venro.org)) und berichten und diskutieren Sie über die Zielsetzungen und die Arbeit des Verbandes.
6. Erläutern Sie die veränderten Bedingungen der Entwicklungszusammenarbeit der großen NROs durch die sich verstärkenden Globalisierungsprozesse (C60). Inwiefern stellen diese eine Herausforderung für die NROs dar (C56–C58)?

# Mehr Mut zum Handeln

## Was kann der Einzelne tun?

Es ist unbestreitbar, dass die Entwicklung der Menschheit sich in einer kritischen Phase befindet. Die Weltbevölkerung nimmt immer noch stark zu; parallel dazu steigt auch der Anteil der Menschen, die zu Wohlstand gelangen und ein immer anspruchsvolleres Konsumniveau anstreben. Dagegen sind die Ressourcen der Erde begrenzt und starke Überlastungen des globalen Ökosystems führen schon heute zu weltweit spürbaren Veränderungen, z. B. des Klimas oder der Biodiversität.

W

eil die Zukunft der Menschheit nicht voraussagbar ist, müssen wir lernen, Unbestimmtheit auszuhalten. Es gibt keinen überzeugenden Grund, in Hoffungslosigkeit oder Fatalismus zu verfallen. Krisen rütteln auf oder lähmen, je nachdem, wie man mit ihnen umgeht. Als Herausforderung bieten sie eine Chance zu Veränderungen.

Das Leitbild einer zukunftsfähigen (nachhaltigen) Entwicklung ist seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro bekannt: „Global denken – lokal handeln“. Doch seine Umsetzung ist schwieriger als vermutet. Angesprochen sind alle Menschen – im Süden wie im Norden. Gefragt ist das Handeln des Einzelnen, das Handeln der Menschen auf der lokalen Ebene. Mit ihrer großen Zahl an Akteuren ist die lokale Ebene, die Ebene der Städte und Dörfer, besonders wichtig. Die Hauptschwierigkeit der Rea-

lisierung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung liegt in der Natur des Menschen. Das längerfristige zukunftsbezogene Denken ist ihm ebenso fremd wie das in die Ferne, auf das Globale, gerichtete Denken. Jahrtausende lang war für die Menschen der tägliche Kampf ums Überleben bestimmend. Sein Raum- und Zeithorizont ist auf das Hier und Heute gerichtet. Erst seitdem die moderne Zivilisation in vielfältiger Weise ein gesichertes und hochtechnisiertes Leben erlaubt, öffnet sich uns die Möglichkeit einer gründlichen Auseinandersetzung mit der Ferne (etwa den Entwicklungsländern) und mit der längerfristigen Zukunft (künftige Generationen), d. h. mit der Dimension der Nachhaltigkeit.

Und diese Auseinandersetzung – wie sie im vorausgehenden Teil dieses Heftes erfolgt ist – hat die Einsicht vermittelt, dass der Lebensstil der reichen Länder nicht

länger akzeptabel ist und schon gar nicht Vorbild für die Entwicklung des armen Teils der Menschheit sein kann. Er bedroht aus vielfältigen Gründen die künftige Existenz der gesamten Menschheit.

Den Weg aus der sich anbahnenden Krise weist die UN-Millenniumserklärung (vgl. S. 88). Für ihre Realisierung ist das Handeln des Einzelnen und der lokalen sozialen Einheiten (wie Familien/Haushalte, Betriebe/Unternehmen, Verwaltungen usw.) besonders wichtig. Erst die zielgerichtet aktive Zusammenarbeit aller lokalen Akteure bietet die Gewähr z. B. für einen Wandel der Lebensstile in Richtung Nachhaltigkeit und die gemeinsame Verfolgung von Umwelt- und Entwicklungszielen. Das Wissen über die unkalkulierbaren Bedrohungen ist das Bindeglied einer stimmigen Handlungsperspektive für eine nachhaltige globale Entwicklung.

Was muss sich verändern?

Eine zentrale Aufgabe ist die Beseitigung der Kluft zwischen Armut und Überfluss, die beide gleichermaßen die Umwelt belasten und die Zukunft der Menschheit gefährden. Schlüssell zu zukunftssichernden Veränderungen liegen in einem sozial gerechten, ressourcenschonenden, Umweltbelastungenvermeidenden Wirtschaftsverhalten, im Verzicht auf verschwenderische Lebensstile, in fairen, sozial- und umweltverträglichen Rahmenbedingungen für Weltwirtschaft und Welthandel sowie in der Überwindung von Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen in jenen Ländern, in denen Menschenrechte und Mitbestimmung der Armen an politischen Entscheidungen außer Kraft gesetzt sind.

Die Entfaltung selbstorganisierter Entwicklungskräfte, die in allen Gesellschaften vorhanden sind, setzt ein angstfreies Klima voraus. Das Schüren von Ängsten und das Predigen einer ausweglosen Katastrophe sind nicht nur unverantwortlich, sie bieten auch keine Alternativen an.

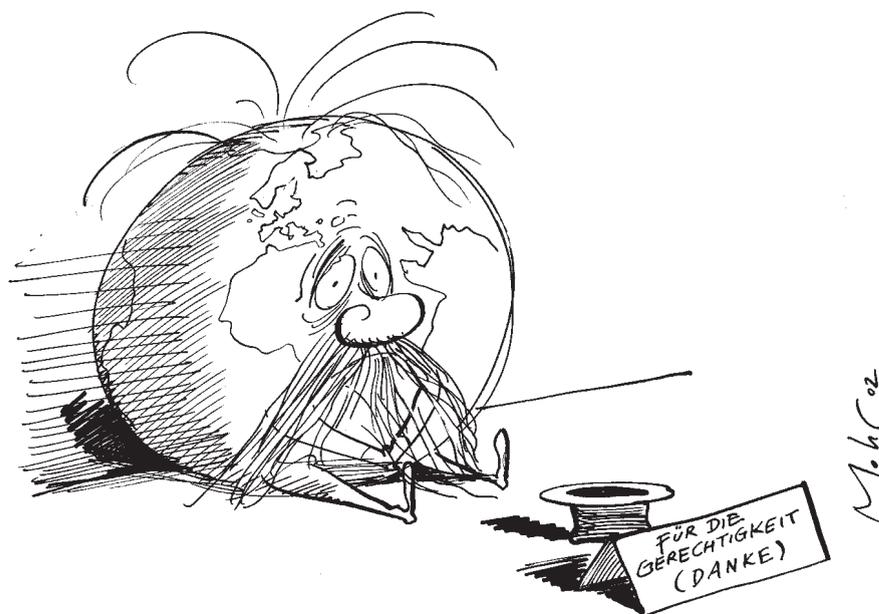
Demgegenüber gibt es aber eine Gewissheit: Eine Katastrophe ist überbrückbar, wenn es in einem angemessenen Zeitraum gelingt, den Norden wie den Süden und Osten gemeinsam auf den Weg der Zukunftsfähigkeit zu bringen, indem alle die gewohnten Leitbilder ihres Handelns so verändern, dass an die Stelle rücksichtsloser Ausbeutung der Natur eine die Schöpfung bewahrende Haltung in ökologischer und sozialer Verantwortung tritt. Wir alle müssen wieder lernen, mit dem auszukommen, was naturverträglich ist, die Natur als Gut aller zu achten und nicht auf Kosten anderer zu leben; wir haben es selbst in der Hand, durch sparsamen, ökologisch verträglichen und sozial gerechten Ressourcenverbrauch die Zukunftsfähigkeit zu sichern. Das Wachstumsmodell des Nordens darf nicht länger Vorbild für die fünffache Zahl der Menschen im Süden und Osten sein. Im Norden muss ein Weg gefunden werden, der als zukunftsweisendes globales Vorbild dienen kann.

Angesichts der (noch herrschenden) Unbekümmertheit bedarfssteigernden Konsumverhaltens, politischer, ökonomischer und sozialer Interessengegensätze innerhalb der Industriegesellschaften des Nordens und zwischen den Staaten der Erde und in Anbetracht des unbarmherzigen weltwirtschaftlichen Wettbewerbs und seiner sozialen Folgen ist der Weg in die Zukunftsfähigkeit eine schwierige, aber lösbare Aufgabe. Die Ergänzung der „Entwicklung von unten“, wie sie jahrzehnte-

lang praktiziert wurde, durch „Entwicklung von unten“ weckt Hoffnungen und macht Mut, neue Wege zu suchen.

Es gilt, unser Handeln aus der Ich-, Hier- und Heute-Bezogenheit zu lösen und für die globale Dimension und den langfristigen Zeithorizont zu öffnen. Das ist eine grundlegende Voraussetzung für die Veränderung des lokalen Handelns. Zwei Möglichkeiten bieten sich an:

1. Die öffentlichen lokalen Bildungsinstitutionen vom Kindergarten bis zur Hochschule intensivieren die entsprechende entwicklungspolitische Informations-, Aufklärungs- und Bildungsarbeit.



2. Die lokalen Gruppen und Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit sowie die zahlreichen lokal vertretenen Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) verstärken ihre Informations- und Aufklärungsaktivitäten, setzen sie in lokale Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit um und versuchen durch ihr Engagement immer mehr Menschen für eine Veränderung ihrer Lebensstile zu gewinnen.

Dabei kommt es darauf an, erfahrbar zu machen, dass Abkehr vom westlichen Konsummodell keinesfalls die Lebensqualität vermindert, sondern durch Aufbau einer neuen Werthierarchie eher steigert.

Die Entwicklungszusammenarbeit der zahlreichen Nicht-Regierungsorganisatio-

nen, lokalen Gruppen und Initiativen, die enge Verknüpfung von Entwicklung und Umwelt in der Entwicklungsdiskussion, das wachsende entwicklungspolitische Engagement der Bundesländer und Gemeinden stellen nicht nur eine unverzichtbare Ergänzung zur Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit der übergeordneten Ebenen (national, EU, global) dar. Die Arbeit an der Basis mobilisiert Menschen, die bereit sind, aktiv an den angestrebten Veränderungen mitzuarbeiten.

Die auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro verabschiedete „Agenda 21“ bezieht aus-

drücklich die Gemeinden (lokale Ebene) in den Aktionsplan für das 21. Jahrhundert mit ein (C69, C71).

Nach anfänglichem Enthusiasmus ist der Agenda-Prozess in manchen Gemeinden zwar ins Stocken geraten, er dürfte aber im Rahmen der Aktivitäten zur Realisierung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) eine Neubelebung erfahren. Viele Umwelt- und Entwicklungsprobleme haben ihre Ursache auf lokaler Ebene; dort müssen auch Lösungen mit breiter Bürgerbeteiligung gefunden werden.

Die Veränderung der Einstellungen und des Verhaltens der Bürgerinnen und Bürger ist der Schlüssel zum Erfolg der Agenda 21.

Wie kann sich der Einzelne bzw. die Familie, wie können sich lokale Gruppen und Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit konkret am angestrebten Handlungsprozess beteiligen?

**1. In der Schule u. a.:**

- a) Konsumstile ändern, z. B. gesund ernähren (Schulfrühstück), umweltbewusst kleiden; umweltschonendes Freizeitverhalten
- b) Fairer Handel
- c) Gesund leben (Sport, Spiele, ...)
- d) Energie bewusst leben, Energie sparen (Heizung, Strom, Mofa, Roller, Motorrad, Auto);
- e) öffentliche Verkehrsmittel nutzen, Fahrgemeinschaften bilden
- f) Abfälle vermeiden / Abfälle richtig entsorgen
- g) unmittelbare Beteiligung am Agenda-Prozess des Wohnortes
- h) Behinderte, alte oder kranke Menschen achten und unterstützen
- i) Ausländische Mitschüler in die Klassen, in die Schulgemeinschaft integrieren
- j) Projekte zum nachhaltigeren Leben in einer Veranstaltung / an einem Elternabend der den Erziehenden bzw. der Öffentlichkeit vorstellen und diese mit in die Aktivitäten einbeziehen
- k) Berufspraktika / Berufswahlorientierung
- l) Projekte/Partnerschaften mit Schülern / Schulklassen / Schulen in Entwicklungsländern
- m) Diskussionsveranstaltungen mit außerschulischen Experten
- n) Katalog von Möglichkeiten der Verhaltensänderungen aufstellen und im praktischen Handeln umsetzen

**2. In der Familie, im Haushalt u. a.:**

- siehe 1 a) bis h)
- i) Hausbau, Altbausanierung
  - j) Kontakte zu Migranten pflegen
  - k) Humanitäre Hilfe leisten (Spenden, Besuche)
  - l) Konsum- und Einkaufsverhalten überprüfen
  - m) Bei Wahlentscheidungen Aspekte der Entwicklungspolitik einbeziehen...

**3. In Gruppen/Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit u. a.:**

- a) Vorbild sein für andere (Achtung anderen Menschen gegenüber; Respektieren von Verschiedenartigkeit)
- b) Integration von Ausländern in die Aktivitäten
- c) Einbürgerungshilfen geben
- d) Projekte/Partnerschaften in Entwicklungsländern
- e) Humanitäre Hilfe leisten (Spenden, Besuche)
- f) Kampf gegen die Armut (auch bei uns)
- g) Fairer Handel

**4. Mitarbeit oder Unterstützung kommunaler Aktivitäten u. a.:**

- a) Katastrophenhilfe
- b) Unterstützung von Integrationsvorhaben
- c) Beteiligung an kommunalen Entscheidungen; Kommunale Entscheidungen mittragen, beeinflussen
- d) Freizeiteinrichtungen

Die verschiedenartigen lokalen Aktivitäten können nur zum Erfolg führen, wenn die Wirtschaft einbezogen wird. Es kommt sehr darauf an, dass die ökonomischen Aktivitäten sich an den lokalen Zielsetzungen orientieren. Bei vorhandenen Divergenzen ist es wichtig, das Gespräch mit den wirtschaftlichen Akteuren zu suchen und Kompromisse anzustreben. Wichtig ist die Bereitschaft aller Beteiligten, sich am Ziel der Nachhaltigkeit zu orientieren und zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen. Daher ist oft engagierte Überzeugungsarbeit (mit sachlichen Argumenten) erforderlich.

Die oben skizzierten Mitwirkungsmöglichkeiten des Einzelnen stehen im Gesamtzusammenhang des privaten Lebens. Aber auch die berufliche Arbeit steht durch die Globalisierung und durch die Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung vor großen Herausforderungen, um Chancen nutzen und Gefahren abwenden zu können.

Beide Bereiche lassen daher das Erlernen neuer Kompetenzen notwendig erscheinen, die nach Meinung der Kultusministerkonferenz künftig so bedeutsam sein werden, dass sie jetzt schon Teil der allgemeinen und der beruflichen Bildung werden sollten.

Im „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung“ wurden elf Kernkompetenzen definiert (Kasten S. 30). Sie sollen Schülerinnen und Schülern eine zukunftsorientierte

hinsichtlich der zunehmend globalisierten Welt und der Zukunftsfragen ermöglichen, die sie im Rahmen lebenslangen Lernens weiter ausbauen können. Es sind grundlegende Kompetenzen für eine entsprechende Gestaltung des persönlichen und beruflichen Lebens, für die Mitwirkung in der eigenen Gesellschaft und die Mitverantwortung im globalen Rahmen.

Zum Erlernen dieser Kompetenzen sollen möglichst viele Schulfächer beitragen und zwar in Anbindung an ihre fachspezifischen Themen und Methoden, so dass für den Einzelnen ein möglichst breiter Fundus von Kompetenzen für das Erkennen, Bewerten und Handeln im Kontext von Globalisierung und Nachhaltiger Entwicklung entsteht.

### C61 Schlafhandys, aufgewacht!

Das Deutsche Kinderhilfswerk startet eine Sammelaktion alter Handys... Die Aktion steht unter dem Motto „Schlafhandys für aufgeweckte Schulen“. Das Projekt hat zum Ziel, nicht mehr benötigte oder defekte Handys einzusammeln. Diese Handys sollen wiederverwertet werden... Die Wiederverwertung von Handys ist wichtig, denn es befinden sich zum einen viele Giftstoffe in den Handys, die Umweltprobleme machen können, wenn diese Handys einfach weggeschmissen werden. Außerdem stecken auch kostbare Wertstoffe in den Handys, die zum Teil unter großem technischem Aufwand und unter gefährlichen Arbeitsbedingungen abgebaut werden. Und es gibt mehr als genug Schlafhandys in Deutschland. Im Durchschnitt hat jeder Haushalt in Deutschland etwa drei Althandys. Nach Schätzungen sollen bis zu 135 Millionen Handys ungenutzt zu Hause herumliegen. Zum Teil, weil sie defekt sind, aber auch, weil sie einfach aus der Mode gekommen sind und keine Kamera oder MP3-Player eingebaut haben...

Quelle: Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.), Schlafhandys, aufgewacht! Im Internet: www.schlafhandys.de (Zugriff: 26.09.2007)

### C64 Fair feels good...

...lautet das Motto der Aufklärungskampagne. „Jeder und Jede kann schon beim Einkaufen die Lebensgrundlagen in den Entwicklungsländern verbessern“, erläuterte die Ministerin [Heidemarie Wiecek-Zeul] zum Auftakt und rückte die Kampagne in den Kontext des Aktionsprogramms 2015 der Bundesregierung. Das Ziel: die extreme Armut weltweit zu halbieren. Kaffee, Tee, Bananen genießen in Deutschland Millionen. Angebaut werden sie fast ausschließlich in Entwicklungsländern – zu Preisen, die oft nicht einmal die Produktionskosten decken und die Menschen in extremer Armut halten. Fair gehandelte Produkte erleichtern den meist kleinbäuerlichen Erzeugern das (Über-)Leben. Zu erkennen sind sie am Transfair-Siegel – nicht nur im Weltladen, auch im Supermarkt und anderswo. Umsatz derzeit: 560 Millionen Euro. Der Marktanteil beträgt in Deutschland zwei Prozent. In der Schweiz sind es schon sieben. Jedes Prozent bewegt etwas. Jede weitere Million Euro hilft Menschen. Mit dem kleinen Aufschlag auf fair gehandelte Produkte werden Schulen, Gesundheitszentren oder Brunnen mit sauberem Trinkwasser finanziert, nachhaltiger Landbau ermöglicht und Kinderarbeit verhindert.

Quelle: BMZ, Newsletter Dezember 2003. Die Kampagne fair feels good wird von der Verbraucher Initiative e.V. in Kooperation mit Transfair e.V. und dem Weltladen-Dachverband e.V. durchgeführt und vom BMZ gefördert. Im Internet: www.fair-feels-good.de

#### Wo gibt es Faires?

Produkte mit dem FairTrade-Siegel finden Verbraucher bundesweit in rund 27 000 Supermärkten, 800 Weltläden, zahlreichen Naturkostgeschäften und auch in Internetshops. Mehr und mehr bieten auch Kantinen, Gaststätten und Hotels fair gehandelte Produkte an.

### C62 Der konsumkritische Stadtrundgang

Die Produktion der Konsumgüter ist heute globalisiert. Die meisten modernen Konsumprodukte, sei es die Schokolade, der Turnschuh oder das Handy, umreisen zur Produktion oder zur Rohstoffbeschaffung die ganze Welt. Diese Reise ist bedenklich und hinterlässt Spuren – z. B. Umwelterstörung, Verstöße gegen die Menschenrechte oder gegen menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Aber: Über ihren Konsum haben auch Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit auf die Arbeitsbedingungen in dieser Welt einzuwirken. Diese potenzielle

Konsumentenmacht wächst parallel mit ihren steigenden finanziellen Möglichkeiten. Die Fähigkeit, Verantwortung für diese relativ neue Macht zu übernehmen, ist aber nicht bei allen Jugendlichen im gleichen Maße gestiegen wie deren Finanzkraft.

Quelle: Verbraucherzentrale Bundesverband e. V., Der konsumkritische Stadtrundgang. Unterrichtseinheit von Arne Brück. Im Internet: www.verbraucherbildung.de >Unterrichtsmaterialien >Nachhaltige Entwicklung >Der konsumkritische Stadtrundgang! Globalisierung – life in der Innenstadt (Zugriff: 26. 09. 2007)

### C63 Energie einsparen

#### Beispiel Haushaltsbeleuchtung

Rund zehn Prozent des gesamten Stromverbrauches in Deutschland entfallen auf die Beleuchtung. Der Anteil der Haushalte an diesen rund 48 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr (kWh/a) beträgt etwa 24 Prozent. In einem durchschnittlichen Haushalt sind 80 Prozent der Lampen solche mit E27/E14-Sockel (16 bis 19 Stück). Rund 70 Prozent davon sind Glühlampen und nur 30 Prozent Kompaktleuchtstofflampen – umgangssprachlich auch Energiesparlampen genannt. Energiesparlampen verbrauchen bis zu 80 Prozent weniger Strom als konventionelle Glühlampen.

#### Beispiel: Haushaltsgeräte

Besonders hohe Sparpotenziale gibt es bei den Haushaltsgeräten: Sie liegen bei etwa zehn Terawattstunden (TWh). Bis 2010 könnten hier allein durch den Einsatz effizienter Ge-

räte in den Haushalten 4,2 TWh bei Kühl- und Gefriergeräten, 3,7 TWh bei anderer „Weißer Ware“ und 2,4 TWh bei Kühl- und Gefriergeräten sowie Kühlmöbeln bei Kleinverbrauchern (Gewerbe) eingespart werden. In Deutschlands Haushalten gibt es rund 16 Millionen Kühl- und Gefriergeräte, die älter als zehn Jahre sind. Die mit der Herstellung eines stromeffizienten Neugerätes und der Entsorgung des Altgerätes verbundenen Umweltbelastungen werden durch den geringeren Elektroenergieverbrauch des Neugerätes in den meisten Fällen innerhalb von fünf Jahren amortisiert – zumindest, wenn die Verbraucher relativ alte Geräte (älter als zehn Jahre) austauschen oder beim Neukauf sehr energieeffiziente Geräte (A+, A++) wählen...

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Aktionsprogramm Energieeffizienz 2007

### C65 Das Konsumverhalten ändern

Die Hauptursache dafür, dass die Umwelt auf der ganzen Erde immer ärger in Mitleidenschaft gezogen wird, ist das unverträgliche Konsum- und Produktionsverhalten, vor allem in den Industrieländern. Eine übermäßige Nachfrage und ein unverträglicher Lebensstil in den reicheren Bevölkerungsschichten sorgen für eine ungeheure Belastung der Umwelt...

Wir müssen nach neuen Konzepten von Reichtum und Wohlstand suchen, die durch eine Veränderung des Lebensstils einen höheren Lebensstandard ermöglichen, nicht mehr so sehr von den beschränkten Ressourcen der Erde abhängig sind und dafür mehr im Einklang mit dem stehen, was die Erde überhaupt erträgt. Einige Fachleute stellen die traditionellen Konzepte des Wirtschaftswachstums bereits in Frage. Sie weisen darauf hin, wie wichtig es ist, Wirtschaftsziele zu verfolgen, die den vollen Wert des Kapitals an natürlichen Ressourcen in Betracht ziehen. Dies kann bedeuten, dass wir neue Maßstäbe entwickeln müssen, die bei der Beurteilung des wirtschaftlichen Wohlergehens der Nationen auch die Umweltverträglichkeit mit berücksichtigen.

Wenn wir eine umweltverträgliche Entwicklung erreichen wollen, brauchen wir Effizienz in der Produktion und Veränderungen im Konsumverhalten. In vielen Fällen erfordert dies eine Neuorientierung des heutigen Produktions- und Konsumverhaltens, das sich in den Industrielän-

dern entwickelt hat und dem dann überall auf der Welt nachgeeifert wird.

Quelle: Centre for Our Common Future, Agenda für eine nachhaltige Entwicklung. Genf 1998

### C66 Fairplay

**Aktion: Fair gehandelte Fußball für ein faires Fußballspiel**

**Wollen auch Sie einen fairen Handel mit den Entwicklungsländern?**

- faire Löhne
- keine Kinderarbeit
- gesunde Produktionsbedingungen und Arbeitszeiten
- Bildung für alle

**Kaufen Sie fair gehandelte Fußballer**

- auf dem Schulfest der Anne-Frank-Schule am 20. September 2006
- oder bei Karstadt
- oder einem Weltladen

**So liegen Sie im Trend!**

Klasse 7b der Anne-Frank-Schule

## C67 weltwärts – ein neuer Freiwilligendienst des BMZ

2008 startet das Programm „weltwärts“ des BMZ, für das jährlich 70 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Es bietet jungen Menschen von 18 bis 28 Jahren die Chance, einen freiwilligen Dienst in einem Entwicklungsland zu leisten. Der Einsatz wird als Zivildienst anerkannt, ebenso von der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen als Wartezeit. Die Finanzmittel ermöglichen bis zu 10 000 Einsatzplätze pro Jahr.

In Frage kommen Entwicklungsländer in Asien, Lateinamerika und Osteuropa mit besonderem Schwerpunkt in Afrika. Der Dienst wird u. a. geleistet in sozialen Einrichtungen, in Landwirtschaftsprojekten, im Umweltbereich oder im Bereich Bildung.

Voraussetzung für eine Bewerbung sind die Hoch- oder Fachhochschulreife oder ein anderer Schulabschluss mit abgeschlossener Berufsausbildung.

Wer mit „weltwärts“ in ein Entwicklungsland geht, erhält alle Unkosten ersetzt und zusätz-

lich ein monatliches Taschengeld von mindestens 100 Euro. Zu den Unkosten zählen Vorbereitungseminare, Sprachkurs, Reisekosten, Aufwendungen für ortsübliche Unterkunft und Verpflegung sowie ein Versicherungsschutz. Der Einsatz dauert mindestens sechs, höchstens 24 Monate.

Bewerben kann man sich bei einer Organisation, die für das Programm anerkannt ist. Dazu zählen u. a. Kommunen, kirchliche Hilfswerke und zahlreiche gemeinwohlorientierte Hilfsorganisationen. Mehr als 200 große und kleine Organisationen und Kommunen haben sich dafür beworben, als Entsendeorganisation an dem Förderprogramm teilzunehmen.

Näheres zu dem Programm ist über das Internet [www.weltwaerts.de](http://www.weltwaerts.de) zu erfahren. Weitere Informationen erteilt auch das weltwärts-Sekretariat, Postfach 12 06 19, 53048 Bonn, Telefon 0228-2434444, Fax 0228-2434443, E-Mail [sekretariat@weltwaerts.de](mailto:sekretariat@weltwaerts.de).

Quelle: BMZ

## C68 Schulaustauschprogramm

Schulen (Haupt-, Real-, Berufsschulen, Gymnasien), die eine Partnerschaft mit einer Schule in einem Entwicklungsland oder einem Transformland unterhalten oder aufbauen, werden auf Antrag vom Entwicklungspolitischen Schulaustauschprogramm (ENSA) gefördert. Anträge auf Förderung können auch Schul- oder Elternvereine stellen, ebenso Nichtregierungsorganisationen, die mit Schulen kooperieren.

Schülerinnen und Schüler, die an dem Schulaustausch teilnehmen, sollten zwischen 15 und 24 Jahre alt sein. Sie werden gemeinsam mit Gleichaltrigen aus der Partnerschule ein Thema bearbeiten (Beispiel: Situation von Frauen im Senegal und in Deutschland) und so über einen Perspektivenwechsel Verständnis für globale Zusammenhänge entwickeln. Informationen zum Schulaustauschprogramm sind über das BMZ ([www.bmz.de](http://www.bmz.de)) zu erhalten.

## C69 Lokale Agenda 21

Die Agenda 21 wurde auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio verabschiedet. Das Kapitel 28.3 lautet:

Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine „kommunale Agenda 21“ beschließen. Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen. Durch den Konsultationsprozess würde das Bewusstsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft. Außerdem würden kommunalpolitische Programme, Leitlinien, Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verwirklichung der Ziele der Agenda 21 auf der Grundlage der verabschiedeten kommunalen Programme bewertet und modifiziert. Strategien könnten auch dazu herangezogen werden, Vorschläge für die Finanzierung auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu begründen.

## C70 Mit dem Fahrrad 7 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart

Der im Mai veröffentlichte UN-Klimabericht zeigt auf, wie klein das Zeitfenster für die Umsetzung einer Stabilisierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen heute bereits ist. Dr. Klaus Renoldner, Gemeindefarmer in Neupölla in Niederösterreich, hat einen Weg gefunden, den Kohlendioxid-Ausstoß aus seiner Gesamtmobilität auf weniger als 25 % des Ausgangswertes von vor 1996 zu reduzieren.

„Ich habe seit 1996 konsequent versucht, möglichst oft das Auto durch das Fahrrad oder die Bahn zu ersetzen. So wurden aus 30.000 jährlichen Auto-Kilometern 10.000 Rad-, 15.000 Bahn- und nur etwas weniger als 6000 Auto-Kilometer. Außerdem wurde der PKW durch einen Hybrid-Wagen ersetzt. So sank die jährliche Emission von 7,5 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent (Auto alleine) auf ca. eine Tonne. Nur 4500 Flug-Kilometer heben den Wert wieder auf ca. 2,1 Tonnen an. Diese Entlastung meiner Gesamtmobilität inkl. Flüge betrug 2006 bereits über sieben Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent oder 75 %, sie steigt noch weiter.

Da sich meine Lebensqualität dabei sogar gebessert hat, möchte ich andere Menschen zum Umstieg motivieren. Deshalb habe ich an meinem Fahrrad ein Schild mit der Aufschrift:

**Treibgasfrei – kein CO<sub>2</sub>**

angebracht. Es soll ein Anstoß sein, sich bewusst

zu machen, dass man auch ohne Treibgasemission sehr mobil sein kann.

Wenn alle Österreicher, alle Europäer, alle Bürger der Industrieländer und Schwellenländer dieselben Grundsätze befolgen könnten, wäre es vielleicht möglich, auch im größeren System die Treibgasemissionen aus dem Verkehr zumindest zu halbieren. Aus dieser Entlastung entstünde ein wichtiger wirtschaftlicher Impuls, der notwendig ist, um den Teufelskreis der immer weiter fortschreitenden Erderwärmung zu durchbrechen.“

Quelle: Medical Tribune 21/2007. Medizin Medien Austria, Wien (verändert)

### Zitat

Der Mensch beherrscht die Natur, bevor er gelernt hat, sich selbst zu beherrschen.  
Albert Schweitzer (1875–1965)

## C71 Die drei Dimensionen der Lokalen Agenda

### Das Ziel:

Langfristiges Handlungsprogramm für eine zukunftsbeständige Gemeinde.

- Aufstellung eines langfristigen kommunalen Handlungskonzeptes
  - für die ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung,
  - mit auf Dauer aufrecht erhaltbaren Strukturen
  - und dem Ziel der Zukunftsbeständigkeit im 21. Jahrhundert.

### Die politische Kultur:

Konsensfindung zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen

- Gesellschaftlicher Diskurs über Leitbilder, Entwicklungspfade, Werte und Weichenstellungen
  - mit allen gesellschaftlichen Kräften,
  - in einem partizipatorischen Prozess,
  - mit dem Ziel des größtmöglichen Konsenses, damit die Lokale Agenda 21 Durchschlagskraft erhält.

### Der planerische Weg:

Systematischer Planungsprozess in Stufen

- gibt Ziel und Verfahren eine umsetzbare Struktur,
- unterstützt die Konzentration auf das Wesentliche,
- verhindert, dass sich die Lokale Agenda 21 im Nichts unendlicher Diskussionen auflöst.

Quelle: ICLEI (International Council for Local Environmental Initiatives), Local Agenda 21 Survey, 1997



# Register

Aarhus-Konvention 164  
Abholzung 50  
Abkommen von Lomé 189, von Cotonou 189, 191  
Abrüstung 132  
Abwasser 165  
African Peer Review Mechanism, APRM 79, 180  
Afrika 179  
Afrikanische Union, AU 79 f., **82**  
Agenda 21: 136, 205  
Agrarbereich, Agrarhandel 16, 20, 86  
Agrarsubventionen 190  
Aids siehe HIV/Aids  
AKP-Staaten 188  
Aktionsprogramm 2015 192  
Alphabetisierung 124, 126  
Alternative Energie(n) 154  
Altersaufbau 92  
Al-Qaida 68, 73  
Analphabeten 126  
Angepasste Entwicklung 173  
Antroposphäre 149  
Äquatorialguinea 64, 66  
Aralsee, -katastrophe 150, 152 f.  
Arbeit 18  
Arbeitslosigkeit 5, 21, 32, 37, 95, 128  
Arbeitsmarkt 42  
Arbeitsteilung 14, **32** f., 37  
Arktis 142  
Armut 7, 47, 51, 54, **84** ff., 89  
Armutsbekämpfung 53, 86  
Artenschutz, -vielfalt 140 f., 145  
Aufforstung 50  
Auslandsverschuldung 49, 52  
Außenhandel 182

Bad Governance 66  
Barcelona-Länder 188  
Basar-Ökonomie 41  
Befriedigung der Grundbedürfnisse 173, 178  
Bergen, Erklärung von 164  
Beruf, Berufswahl 18 f., 30, 37  
Beschneidung siehe Genitalverstümmelung  
Bevölkerung **91** ff., 94  
Bevölkerungswachstum 5, 7, 36, 91 f., 101  
Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit 194  
Bildung 7, 57, 65, **123** ff.,  
Biodiversität 139, 144  
Biomasse 157  
Blutdiamanten 132  
Bodendegradation 142  
Bodennutzung 163  
Braindrain, Braingain 97 f.,  
Brundtlandbericht 135  
Bundesländer 193, 196  
Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, BMZ 56, 59  
Bush-Doktrin 68, 70

China 9 f., 12, 15 f., 43, 64, 66, 69, 71, 180, 181  
Clusterbildung 42  
CO<sub>2</sub> 137, 138, 154  
Container, -schiffe, -häfen 38, 41

DAC-Länder 196  
Darfur, -Konflikt 66, 79, 81, 83  
Demographie, demograph. Fenster 92, 94

Demokratie 120  
Dependenz-Theorie 35  
Dept-for-Nature-Swaps 53  
Desertifikation 136, 145  
Deutschland 95, 192 f.  
Development Assistance Committee, DAC 57  
Devisenumsatzsteuer 48  
Dienstleistungen **43**, 45, 46  
Direktinvestitionen 42, 45, 48, 51  
Dualismus 35  
Dumping 42  
Durchschnittsalter, Medianalter 91, 95  
Dürre 141

Eigenverantwortung der Entwicklungsländer 178  
Einschulung, -srate 128  
Emergenz 25, 26  
Emission(en) 137, 138, 154, 157, 160  
Emissionshandel 161, 168  
Energie, -bedarf, -verbrauch 37, 43, 137, 154, 157, 159, 161, 168  
Energieförderer 158  
Energienmangel 49  
Entschuldung 53, 57  
Entwicklung 40, 172, 175  
Entwicklungsdimensionen 23, 27 ff., 169  
Entwicklungshilfe siehe Entwicklungszusammenarbeit  
Entwicklungsländer **58**  
Entwicklungsleitbilder, -strategien 172 f.  
Entwicklungspolitik 170 ff., 176  
Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm ENSA 205  
Entwicklungszusammenarbeit 56, 57, 60, 170 ff.  
Erdöl 43, 64, 66  
Erklärung von Bergen 164, – von Johannesburg 177  
Ernährung 7  
Erneuerbare Energie(n) 155, 157, 158, 159  
Ethnozentrik 117  
EU-Ratspräsidentschaft 191  
Europäische Sicherheitsstrategie 69, 71  
Europäische Union, EU 56, 188 f.  
Europäischer Entwicklungsfonds 188  
Eurozentrik 117

Failed States 30, 63, 72  
Fairtrade, Fairer Handel **55**, 61, 163, 165, 204  
Familie 19, 21, 105, 117  
FAO 56, 141, 183  
Finanzkrisen 51  
Fischbestände, -fang 6, 141, 145  
Fließgleichgewicht 135  
Flucht, Flüchtlinge 66, 79, 96, 98, 101  
Freihandel 34, 39  
Frieden 13, 38, 70, **129** ff., 189  
Friedensmission(en) 80, 83, 130  
Fruchtbarkeitsrate 91  
Frühkindliche Entwicklung 125

G8, -Staaten, -Gipfel 90  
GATT 56  
Geldtransfer (von Migranten, Wanderarbeitern) 14, 178  
Generika 111  
Genitalverstümmelung 64, 67  
Gentechnik 6  
Gesundheit 7, **104** ff.,  
Giftmüll 106, 109, 162  
Gini-Index 51, 131

Gleichberechtigung, -stellung 7, 85, 115  
Globale Ebene, Globalität 29  
Globaler Fonds gegen Aids, Tuberkulose und Malaria, GFATM 107, 109  
Globalisierung 5 f., **8**, 11, 12, 16, 18 f., 38, 39, **41**, 44, 88, 106, 116  
Global Compact 55, 59  
Global Cities 100  
Global Governance 78 f.,  
Global Player 42  
Good Governance 17, **62** ff.,  
Gute Regierungsführung 62 f.  
Großfamilie 5, 14, 15  
Grundbedürfnisse 173  
GTZ, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit 193

Handlungsebenen 24, 26  
Herrschaftsformen 62 f.  
Hilfe zur Selbsthilfe 173  
HIV/Aids 5, 107, 109, 110, 111  
Hochschule(n) 124  
Holz, -mangel 49, 154  
Hunger 84

Indien 20, 103, 181  
Individualisierung 116  
Integration 114  
Integratives Modell 29  
Internationaler Strafgerichtshof, IStGH 78 f., 80, 81  
Internationaler Währungsfonds, IWF 56, 184  
InWent Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH 193  
ILO 56, 183  
Islam 118, 121  
Islamisten 76

Johannesburg, Erklärung von 177  
Kalter Krieg 68

Kampf der Kulturen 117, 119, 120  
Kapitalbilanzkrisen 35  
Kapitalflucht 48  
Kapitalmangel 35 f., 48  
Kapitalmarkt 41  
Kapitalverkehr 5, 48  
Karbonsenke 142  
Kaufkraftstandards 36  
KfW Entwicklungsbank 193  
Kinderarbeit 32, 37, 90  
Kindersoldaten 14, 73  
Kindersterblichkeit 108  
Kirchen 119  
Klimarahmenkonvention 156  
Klimawandel 6, **140**, 154, 160  
Kohärenz 28 ff.,  
Kolonialismus, Kolonialzeit 14  
Kommunen, Kommunale Hilfe 193, 197  
Kommunikationsmittel 46  
Komparative Kostenvorteile 39  
Kompetenzen 30, 203  
Komplementärwirtschaft 35  
Konflikte 14  
- bewaffnete 13, **72** f., 129  
Konfliktlösung 24, 132, 133  
Konfliktursachen 130  
Kongo 73 f., 76, 77  
Konsumverhalten 204  
Korruption 35  
Kostenvorteile 39  
Krankheit(en) 105

Kriege 72 ff., 75  
 Krisengebiete 14  
 Kritik an Entwicklungsstrategien 171, 176, 177, 179  
 Kultur 7, **112** ff.,  
 Kulturrelativismus 117  
 Kulturschock 113  
 Kyoto-Protokoll, -Ziele 25, 156, 160

Landflucht 14  
 Landwirtschaft 146  
 LDC, Least Developed Countries 43  
 Lebenserwartung 7, 91, 95, 178  
 Lebenswelt(en) 19, 29, 112, 115  
 Lehrer, -bedarf 124  
 Leistungen an Entwicklungsländer 175  
 Leitplankenmodell 28, 159  
 Liberalisierung des Welthandels 4  
 Lokale Agenda 21: 205

Mangrovenwald 142, 144  
 Marktoffenheit 41, 44  
 Mauritius 182  
 Medien 118  
 Menschenrechte 64, 102  
 Megastädte 102  
 Metropole(n) 100  
 Migranten 20  
 Migration 5, **96** f., 101  
 Mikrofinanzierung 89  
 Militär, -ausgaben 131  
 Millennium Development Goals (MDG) siehe  
 Millenniums-Entwicklungsziele  
 Millenniums-Entwicklungsziele 23, 55, 57, 84,  
 86, **88**, 107, 136, 201  
 Mosambik 63, 65  
 Multinationale Konzerne 41 f.  
 multipolare Weltordnung 4  
 Muslim(e) 118

Nachhaltige Entwicklung **23** f., 26, 28, 136,  
 143, 171, 174, 176  
 Nachholende Modernisierung 172  
 Nationale Sicherheitsstrategie (der USA) 68, 70  
 Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung,  
 NEPAD 79, 82, 180  
 NIC, Newly Industrializing Countries 43  
 Nichtregierungsorganisation(en), NRO 56, **198**,  
 199  
 Non-Governmental Organization NGO siehe  
 Nichtregierungsorganisation

Offenheitsgrad 41  
 Official Development Assistance, ODA 57, 189,  
**196**,  
 offshoring 41  
 Ölkatastrophen 141  
 Orientierungsrahmen für den Lernbereich glo-  
 bale Entwicklung 30  
 Ost-West-Konflikt 4

Paris Declaration on Aid Effectiveness 197  
 Perspektivenwechsel 26  
 Pluralistische Gesellschaft 115  
 Politische Stabilität 24 f.  
 Primarschule 123 f.  
 Produktionsfaktor(en) 31  
 Produktionskosten 34  
 Produktionsverlagerung, -verflechtung 33, 41,  
 44  
 Produktivität 33  
 Programme und Fonds der UN 183  
 Pro-Kopf-Einkommen 36

Protektionismus 34, 39  
 Regionalisierung 42, 45  
 Reichtum 51  
 Religion(en) 117  
 Reproduktive Gesundheit 93, 110  
 Ressourcen, -verbrauch 47, 93, 137, 164  
 Ressourcenfluch 65  
 Rohstoffe, Rohstoffbedarf 13, 17, 64  
 Russland 69, 71  
 Rüstung, Rüstungsexport, -import 14, 131  
 Sahel-Syndrom 151, 152  
 Sanitärversorgung 166  
 Säuglingssterblichkeit 108, 109  
 Schattenwirtschaft 36  
 Schulden, Schuldenquote, Schuldenstand 52  
 Schuldenerlass 57  
 Schulen 123 f.,  
 Schulbesuch 127, 128  
 Schurkenstaaten 64  
 Schwellenländer 43  
 Sekundarschule(n), -bildung 124  
 Selbsthilfe 25  
 Self-reliance-Konzept 173  
 Sicherheit, -spolitik 69  
 Slum 99  
 Slumsanierung 194  
 Somalia 72 f., 75, 76  
 Sonderorganisationen der UN 183  
 Soziale Gerechtigkeit 23, 25  
 Sozialstaat 22  
 Sozio-kulturelle Dualität 113  
 Standort, -bedingungen, -wahl, -wettbewerb  
 38, 42  
 Stereotype 113, 115  
 Strukturwandel 43  
 Subsistenz(wirtschaft) 32  
 Subvention(en) 48  
 Sudan 80, 81, 83  
 Süßwasser 6, 142 f.,  
 Syndromkonzept 148 ff.  
 System der UN 184

Terms of Trade 36, 40  
 Terrorismus 4, 9, **68**, 129 f.,  
 Tobin-Steuer 48  
 Tourismus 118, 178  
 Transformländer, Transformationsländer 188,  
 192  
 Treibhauseffekt, -gase 25, 138, 154, 157  
 Trinkwasser 54, 104, 107, 143  
 Tropenholz 143

Umfassendes Rahmenwerk für Entwicklung  
 57, 60  
 Umwelt **134** ff.,  
 Umweltkrise, -probleme 49, 137, 162 f.  
 UN, UNO siehe Vereinte Nationen  
 UNCTAD 56  
 UNDP 56  
 UNEP 141  
 UNESCO 119, 183  
 UNIDO 56  
 UN-Konferenzen 135, 185, **187**

VENRO Verband Entwicklungspolitik deutscher  
 Nichtregierungsorganisationen 193, 198  
 Vereinte Nationen 56, **183** ff., 185  
 Verschuldung 49, 52  
 Verstädterung 96 ff., **99** ff., 101, 119  
 Völkerrecht 70, 78  
 Vorschulbesuch 127  
 Vorurteile 113

Währung, Währungspolitik 34  
 Waldbestände, -fläche 6, 159  
 Wanderarbeiter 178  
 Washington-Konsens 57,60  
 Wasser, -knappheit, -konflikte, -mangel 47,  
 49, 53, 89, 93, 145, 146, 147  
 Wechselkurs 34  
 Weltbank 56, 184, 187  
 Weltbevölkerung siehe Bevölkerung  
 Weltgesellschaft 118, 121  
 Welthandel 10 f., 33, 40, 42, 44, 45, 46, 89  
 Welthandelsorganisation, WTO 56, 184, 186  
 Welthandelsrunden 57, 187  
 Weltordnung, -spolitik 59, 69, 78  
 Weltsicherheitsrat 184  
 weltwärts 205  
 Weltwirtschaft 35  
 Weltwirtschaftsordnung 173  
 Werte, Wertesystem 35, 115, 120  
 Wettbewerb 7, 33  
 WHO World Health Organization 183  
 Wirtschaft 13, **31** ff., 135  
 Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit 23  
 Wirtschaftssektoren 31 f.

Zahlungsbilanz 34 f.  
 Zeitarbeit 21  
 Ziviler Friedensdienst 133  
 Zoll, Zölle, Zollabbau 48, 59, 61

## Abkürzungen

AKP Afrika, Karibik, Pazifik  
 AU Afrikanische Union  
 BIP Bruttoinlandsprodukt  
 BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zu-  
 sammenarbeit und Entwicklung  
 BNE Bruttonationaleinkommen  
 BSP Bruttosozialprodukt  
 DAC Development Assistance Committee  
 EU Europäische Union  
 FAO Food and Agriculture Organization  
 GATT General Agreement on Tariffs and Trade  
 GATS General Agreement on Trade in Services  
 GTZ Deutsche Gesellschaft für Technische Zu-  
 sammenarbeit  
 HDI Human Development Index  
 IDA International Development Association  
 ILO International Labour Organization  
 IstGH Internationaler Strafgerichtshof  
 IWF Internationaler Währungsfonds  
 KKS Kaufkraftstandards  
 LDC Least Developed Countries  
 NEPAD New Partnership for Africa's  
 Development  
 NIC Newly Industrializing Countries  
 NGO Non-Governmental Organization  
 NRO Nichtregierungsorganisation  
 ODA Official Development Assistance  
 OECD Organization for Economic Cooperation  
 and Development  
 UN United Nations  
 UNCTAD UN Conference on Trade and  
 Development  
 UNDP UN Development Programme  
 UNFPA UN Fund for Population Activities  
 UNO Unites Nations Organization  
 VENRO Verband Entwicklungspolitik deutscher  
 Nichtregierungsorganisationen  
 WTO World Trade Organization

## Literatur

- Albers, H.-J.: Soziale Marktwirtschaft – Eine Wirtschaftsordnung in der Bewährung. Köln 1997
- Brundtland-Bericht. In: Hauf, V. (Hg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der WCED. Greven 1987
- Burger, D. und C. Mayer: Ernst machen mit nachhaltiger Entwicklung: Die Rolle von Sozial- und Ökostandards. Eschborn 2003
- Edel, N.: Offener Unterricht. In: Bovet, G./V. Huwendiek (Hg.): Leitfaden Schulpraxis, Pädagogik und Psychologie für den Lehrerberuf. Berlin 2004, 4. Aufl., S.104–122
- Engelhard, K.: Darstellung geographischer Arbeitsweisen im Geographieunterricht. In: Landesinstitut für schulpädagogische Bildung Düsseldorf: Sozialgeographie im Unterricht der Grund- und Hauptschule. Düsseldorf 1974, S.40–59
- Engelhard, K. und I. Hemmer: Der unterrichtliche Lernprozess zwischen Lebenspraxis und Wissenschaftsorientierung. In: Geographie und Schule, H. 57 Feb. 1989, S.26–33
- Engelhard, K. (Hg.): Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Münster 1998
- Enquete-Kommission des Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“, Abschlussbericht „Konzept Nachhaltigkeit – Vom Leitbild zur Umsetzung. Bonn 1987
- Führung, G.: Begegnung als Irritation. Ein erfahrungsgeleiteter Ansatz in der entwicklungsbezogenen Bildung. Münster, New York 1996
- Haubrich, H. (Hg.): Geographie unterrichten lernen. München 2006
- Hauchler, I., D. Messner, F. Nuscheler (Hg.): Globale Trends 2004/2005, Frankfurt am Main 2003
- Klaus, D.: Allgemeine Grundlagen des systemtheoretischen Ansatzes. In: Geographie und Schule, H. 33, 1985, S. 1–8
- Klippert, H.: Mit mehr Methode zu mehr Fachkompetenz – Anregungen für eine zukunftsorientierte Bildungsarbeit. In: Geographie und Schule, H. 131, Juni 2001, S.12–18
- Krol, G.-J., und A. Zörner: Wirtschaft. In: Orientierungsrahmen Globale Entwicklung. Berlin 2007, S. 135–148
- Kross, E. (Hg.): Globales Lernen im Geographieunterricht – Erziehung zu einer nachhaltigen Entwicklung. Nürnberg 2004
- Le Monde diplomatique/taz Verlags- und Vertriebs GmbH (Hg.): Atlas der Globalisierung. Berlin 2007
- Nohlen, D. (Hg.): Lexikon Dritte Welt. Reinbek bei Hamburg 2002
- Nuscheler, F.: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, (6. Auflage). München 2005
- Otto, K.-H.: Stationenlernen im Geographieunterricht am Beispiel Mensch/Natur – Interaktionen in der Atakama. In: Ratter, B. M. W. (Hg.): Hombre y Naturaleza Mensch/Natur-Beziehungen in Lateinamerika. Mainz 2006, S. 93–137
- Scheunpflug, A./N. Schröck: Globales Lernen. Einführung in eine pädagogische Konzeption zur entwicklungsbezogenen Bildung. 2. Aufl. Stuttgart 2002
- Scheunpflug, A./N. Schröck: Didaktische und methodische Anregungen zum Globalen Lernen. In: Engelhard, K.: Entwicklungspolitik im Unterricht. Köln 2000, S. 10–13
- Schmidt-Wulffen, W. /W. Schramke (Hg.): Zukunftsfähiger Erdkundeunterricht. Gotha, Stuttgart 1999
- Welthaus Bielefeld u. a. (Hg.): Atlas der Weltverwicklungen. Wuppertal 2001
- Welthaus Bielefeld in Kooperation mit Deutscher Entwicklungsdienst/ Misereor/Vereinte evangelische Mission: Entwicklungshindernis Gewalt. Wuppertal 2006
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Welt im Wandel. Herausforderung für die deutsche Wissenschaft. Berlin, Heidelberg 1996. Weitere 10 Hauptgutachten und 7 Sondergutachten seit 1993. Download unter [www.wbgu.de](http://www.wbgu.de)
- Veröffentlichungen des BMZ:*
- Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2006/2007. Berlin 2006
- Gesundheit fördern – HIV/AIDS bekämpfen. Materialien 177. 2007
- Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen AKP-Staaten und EU. Materialien 174. 2007
- Erneuerbare Energien der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Materialien 158. 2006
- Der Beitrag Deutschlands zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele. Materialien 140. 2005
- Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Konzepte 144. 2006

## Impressum

© OMNIA Verlag GmbH, Stuttgart  
Breitscheidstraße 31, 70176 Stuttgart  
Tel.: 0711 – 61 79 85; Fax: 0711 – 61 53 530  
E-Mail: [info@omnia-verlag.com](mailto:info@omnia-verlag.com)  
Internet: [www.omnia-weltimwandel.de](http://www.omnia-weltimwandel.de)

### Autoren:

Prof. em. Dr. Karl Engelhard, Münster (Geographie)  
Prof. Dr. Hans-Jürgen Albers, Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd (Wirtschaft)  
Dieter Appelt, Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, München (Kultur, Lernbereich Globale Entwicklung)  
Prof. Dr. Ingo Juchler, Pädagogische Hochschule Weingarten (Politik)  
Prof. Dr. Karl-Heinz Otto, Ruhr-Universität Bochum (Umwelt)

### Beratung:

Gabriele Holleder und Hildegard Hoven, Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, Bonn  
Hannes Siege, InWent, Bonn

### Redaktion:

Claus D. Grupp, Stuttgart  
Grafische Gestaltung: Wolfgang Quak, Kernen  
Schaubilder: Peter Eggstein, Waiblingen  
Druck: westermann, Paderborn

3. Auflage Dezember 2007, teilweise aktualisierter Nachdruck Januar 2012 (nur Schaubilder, Weltkarten, Tabellen)

Die Herausgabe dieses Schülerarbeitsheftes sowie des begleitenden Lehrerbandes und des ergänzenden Internetauftritts ([www.omnia-weltimwandel.de](http://www.omnia-weltimwandel.de)) wurde gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn

Lehrer oder deren Beauftragte dürfen aus diesem Band Kopien für den Gebrauch im Unterricht herstellen. Nachdruck sowie Übersetzung oder Digitalisierung zu anderen Zwecken, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages.

## Bildnachweis

- AKUF Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, Hamburg: 74 (unten)
- Wilh. Barthlott (Nees-Institut für Biodiversität der Pflanzen), Bonn: 139
- Bundesministerium der Verteidigung, Berlin: 129
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn: 6 (rechts), 82, 105, 174
- Cartoon-Caricature-Contor (CCC), München: 85 (Mester)
- Karl Engelhard, Münster: U1 / 1 (links), 6 (links), 154 (2x), 163 (unten)
- ESA, Darmstadt: 153
- IFA Bilderteam, München-Taufkirchen: 3 (rechts)
- KfW Entwicklungsbank, Frankfurt am Main / Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn: 166, 167
- laif agentur, Köln: U1 / 1 (3. von links), 32
- Medical Tribune, Wien: 205
- Burkhard Mohr, Königswinter: 70
- Stick Nygaard ([flickr.com](http://flickr.com)): 119
- Karl-Heinz Otto, Legden: 142 (2x)
- photothek, Berlin: 192 (Thomas Trutschel)
- picture alliance / dpa, Frankfurt: 1 (rechts; 2. von rechts), 12, 13, 14, 18, 19, 24 (rechts), 33, 34, 36, 43, 47, 48, 49, 50 (2x), 57, 58, 63 (unten), 64, 66, 67, 68, 69 (2x), 72, 73 (2x), 74, 76, 78, 79 (2x), 80, 81, 86 (3x), 92, 93 (2x), 106, 107, 112, 113, 113 (2x), 134 (Hintergrund), 135, 136, 141, 150 (2x), 163 (oben), 170, 201, 202
- Punch, London: 5 (oben)
- Nicole Struppert, München: 24 (links), 63 (oben), 96 (rechts), 100 (2x)
- TransFair, Köln: 55, 165
- UNEP, Nairobi: 152, 153
- UNHCR, Genf: 96 (links)
- zefa visual media, Düsseldorf: 1 (2. von links), 3 (links)



„**Welt im Wandel**“ und die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 14./15. Juni 2007

Die KMK hat zwei Beschlüsse zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) gefasst, die auch im Zusammenhang mit der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 bis 2014 stehen:

- Am 14. Juni 2007 wurde der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung“ als Ergebnis eines gemeinsamen KMK-BMZ-Projekts vorgestellt. Dieser Lernbereich wird Bestandteil der Pflichtfächer in der allgemeinen und beruflichen Bildung. Der Orientierungsrahmen bietet dazu ein Grundkonzept, das aus den Nachhaltigkeitsbeschlüssen abgeleitet einen fächerübergreifenden Rahmen bildet und exemplarisch für Fächer der Sekundarstufe I verdeutlicht wird.
- Am 15. Juni 2007 wurden die Vorschläge der Deutschen UNESCO-Kommission zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule“ angenommen. Sie beziehen sich auf den o.g. Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung und die im Rahmen des Programms Transfer-21 der Bund-Länder-Kommission erstellte Orientierungshilfe „BNE in der Sekundarstufe I“.

Beide Dokumente betonen den notwendigen Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung in den vier Entwicklungsdimensionen und die für Nachhaltige Entwicklung wichtigen Kompetenzen, die Schülerinnen und Schüler erwerben sollen.

Die vorliegende 3. und völlig überarbeitete Auflage von „**Welt im Wandel**“ folgt diesen Konzepten und wendet sie für die **Sekundarstufe II** an, um Schülerinnen und Schülern eine gute Arbeitsgrundlage für diesen komplexen Bereich zu vermitteln. Gleichzeitig eignet sich der Band für Lehrer, die diese aktuellen Materialien für die Sekundarstufe I adaptieren oder sich generell über diese Thematik informieren wollen.

Der **Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung** kann als PDF-Datei (199 Seiten, 3,79 MB) heruntergeladen werden auf der Internetseite [www.omnia-weltimwandel.de](http://www.omnia-weltimwandel.de) oder auf den Internetseiten der KMK: [www.kmk.org/aktuell/070614-globale-entwicklung.pdf](http://www.kmk.org/aktuell/070614-globale-entwicklung.pdf)

**Autoren und Verlag danken** dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für die Förderung der Herausgabe dieses Schülerarbeitsheftes, des dazugehörigen Lehrerbandes und des Internetauftritts [www.omnia-weltimwandel.de](http://www.omnia-weltimwandel.de).

**Bezugsmöglichkeiten** für kostenlose Klassensätze und Einzelexemplare (nur Versandkosten werden berechnet):

- Bestellformular auf der Internetseite [www.omnia-weltimwandel.de](http://www.omnia-weltimwandel.de)
- E-Mail an [info@omnia-verlag.com](mailto:info@omnia-verlag.com)
- schriftlich oder telefonisch beim Verlag (Anschrift und Telefon-/Telefaxnummern siehe Impressum Seite 208)

ISBN 978-3-89344-066-5

